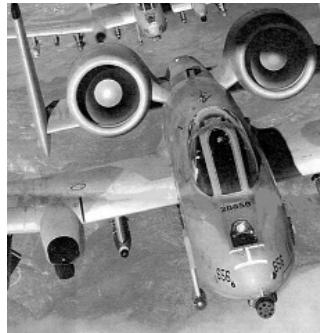


Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



BSE-Skandal: unterschätzt, verharmlost, vertuscht, verzögert

Seite 5

Uranhaltige Munition: Nicht einmal ein „Moratorium“ – nichts, aber auch gar nichts!

Seite 3

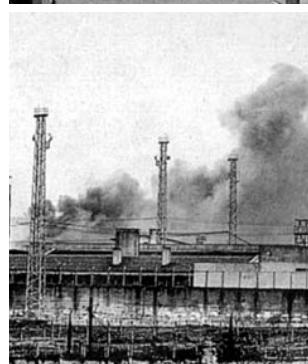


Türkei: Massaker in den Gefängnissen – Solidaritätsaktionen in der BRD

Seite 9, 12

Attentat auf il manifesto: Viele Fragen offen

Seite 8

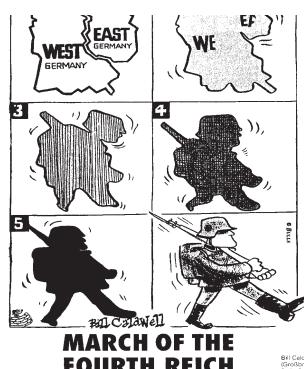


Thema Heimat in der Kritik

Seite 18

Verwandlung von Lohn und arbeitsfreier Zeit in Risikokapital

Seite 14



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

SKANDALÖSE UNGERECHTIGKEIT.

Seit dem 1.1.2001 gilt eine neue Unterhaltsregelung, die angeblich das Existenzminimum für die Kinder Alleinerziehender sicherstellen soll. Tatsächlich ist dies nur teilweise der Fall. Hervorzuheben ist an der Regelung vor allem, dass Menschen – vor allem wohl Männer – mit Niedriglohn, d.h. einem Einkommen von unter 2.400 DM netto, deutlich mehr zahlen als bisher, während Besserverdienende mit einem Nettoeinkommen von mehr als 3.900 DM soviel zahlen wie bisher. Bisher konnten Unterhaltszahlende die Hälfte des Kindergeldes von 270 DM, also 135 DM, für das erste Kind bei den Zahlungen anrechnen. Das ist nun für Unterhaltsleistende mit einem Nettoeinkommen unter 2.400 DM gar nicht mehr und für die mit einem Nettoeinkommen zwischen 2.400 und 3.900 nur noch teilweise möglich. Das folgende Beispiel macht die neue Ungerechtigkeit deutlich: Ein Vater, der zwischen 3.900 und 4.300 DM netto im Monat verdient, muss für seine 11-jährige Tochter das für diese Einkommensklasse geltende Existenzminimum von 582 DM zahlen, kann jedoch das Kindergeld zur Hälfte anrechnen und zahlt damit nur 447 DM. Wer unter 2.400 DM netto verdient, musste bis Dezember 2000 296 DM Unterhalt zahlen, weil er die Hälfte des Kindergeldes anrechnen konnte, jetzt aber 431 DM (für Arme gilt ein niedrigeres Existenzminimum!). Der Gipfel dieses Skandals: Die Kinder der rund 300.000 allein erziehenden Sozialhilfeempfänger haben davon nichts! Denn die Sozialhilfe wird um die entsprechende Summe gekürzt.

RÜGE. Das Bundesverfassungsgericht hat mit einer gerade veröffentlichten, wenn wohl auch schon älteren Entscheidung (2 BvR 143/98) die Verfahrensweise des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten scharf kritisiert. Es rügte die Praxis des Bundesbeauftragten, nur Rechtsmittel gegen Anerkennungentscheidungen in Asylverfahren einzulegen. Wörtlich: „Die zu beobachtende einseitige Kritik des Bundesbeauftragten, nur zu Lasten der Asylbewerber gegen ganz oder teilweise stattgebende behördliche oder gerichtliche Entscheidungen vorzugehen und dabei gelegentlich auch einzelfallbezogene Sachverhalts- und Glaubwürdigkeitsaspekte geltend zu machen, wird dem gesetzgeberischen Auftrag nicht gerecht.“ „Mit anderen Worten“, kommentiert die innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Bundestag, „Der Bundesbeauftragte ergreift immer nur gegen Asylsuchende Partei und hat damit seine Aufgabe verfehlt. Die politische Konsequenz aus dieser Entscheidung muss sein: Abschaffung dieser überflüssigen Behörde.“

OSTEXPANSION. Das Bundeswirtschaftsministerium eröffnet gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) eine Präsentanz der

„Deutschen Wirtschaft“ in Weißrussland. Ziel sei es, deutschen und weißrussischen Unternehmen eine Plattform zu bieten, miteinander Geschäfte zu machen. In Kürze werde Weißrussland „unmittelbares Nachbarland“ der EU und damit erhöhte Aufmerksamkeit finden. Schon heute belaufen sich die deutschen Exporte nach Weißrussland auf 1 Mrd. DM, die Importe auf eine halbe Mrd. Der Präsentanz wird aber nicht nur die Förderung des Handels zukommen. Die „Deutsche Wirtschaft“ wünscht für zukünftigen Kapitalexport mehr „Rechts- und Planungssicherheit“. Heute würden immer wieder Regelungen erlassen, die nicht oder nicht ausreichend mit der betroffenen Wirtschaft „diskutiert“ worden seien. Erfreut zeigt sich der DIHT jedoch über die Ankündigung der weißrussischen Regierung, die Wirtschaftsreformen in Richtung Privatisierung, Deregulierung und Ausbau der Rechtsstaatlichkeit vorantreiben zu wollen.

OST-WEST-ZUSAMMENARBEIT. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und der polnische Sozialverband haben im Dezember einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Beabsichtigt ist, im Zusammenhang des Umbaus der sozialen Sicherungssysteme sich bei der Verwirklichung der Idee der sozialen Gerechtigkeit gegenseitig zu unterstützen.

DREIST. Der Hartmann fordert „dringlichst“ die „Verschlankung“ des Leistungskatalogs in der gesetzlichen Krankenversicherung. Er will nicht nur „Leistungen für freiwillig eingegangene Lebens- und Krankheitsrisiken“ gestrichen wissen. Vor allem sollen Geldleistungen jeder Art: Entbindungsgeld, Mutterschaftsgeld, Sterbegeld und vor allem der mit rund 14 Mrd. DM „dickste Brocken“ Krankengeld aus der Krankenversicherung herausgenommen werden. Jeder Arbeitnehmer sollte stattdessen eine private Zusatzversicherung abschließen, die monatlich zwischen 40 und 60 DM kostet. Die gesetzlichen Krankenkassen sprachen sich strikt dagegen aus, auch die Kassenärztliche Bundesvereinigung möchte bei der Forderung nach Streichung des Krankengeldes nicht mitziehen, sprach sich aber für eine Reduzierung auf 60% aus.

KRONZEUGE. Nachdem die Bundesregierung Ende 1999 das „endgültige Aus“ für die Kronzeugenregelung beschlossen hatte, soll dieses Rechtsinstitut nun, im „Kampf gegen den Rechtsextremismus“, wieder eingeführt werden. Dafür sprachen sich sowohl Bundesinnenminister Schily wie die Justizministerin Däubler-Gmelin aus. Danach soll die neue Kronzeugenregelung im Rahmen der geplanten Reform des strafrechtlichen Sanktionsystems eingeführt und in die „allgemeinen Grundsätzen der Strafzumessung“ nach §46 StGB eingegliedert werden. Die Grünen zeigen sich noch skeptisch.

Nicht einmal ein „Moratorium“ – nichts, aber auch gar nichts!

Der NATO-Rat, der am 9. und 10. Januar in Brüssel tagte, gab Entwarnung: Es gebe keine wissenschaftlichen Beweise dafür, sagte NATO-Generalsekretär George Robertson, dass der Gebrauch von Uran-Munition ein erhöhtes Krebsrisiko heraufbeschwören würde. Zwar will nun auch die NATO einen „Aktionsplan“ umsetzen, um die Wirkung der Munition zu erforschen. Wie viel dieser Plan aber wert ist, geht daraus hervor, dass für Robertson das Ergebnis bereits feststeht: „Wir müssen die Menschen überzeugen, dass es keine dauerhaften Schäden gibt.“

Nach den vorliegenden Berichten über die NATO-Tagung haben sich nur Italien, Belgien und die Bundesrepublik für einen einstweiligen Verzicht („Moratorium“) auf die umstrittene Munition ausgesprochen. Entschiedener Widerstand gegen dieses Ansinnen kam aus Frankreich, Großbritannien und den USA – den drei Staaten, die über solche Munition verfügen, sie im Manöver testen und im Ernstfall auch einsetzen.

Gefällige wissenschaftliche Experten

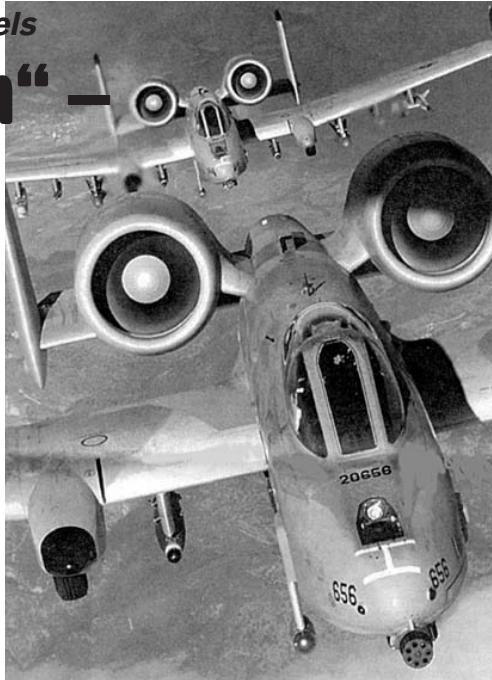
Die deutsche Delegation übte sich in Bescheidenheit. Nachdem Robertson die Forderung nach einem Moratorium mit dem Hinweis darauf abbügelte, dass derzeit ohnehin keine NATO-Kriegshandlung im Gang sei, demnach auch keine Uran-Geschosse zum Einsatz kämen und man deshalb wohl auch kein Moratorium beschließen müsste, wertete man dies auf deutscher Seite als einen politischen „Teilerfolg“. Dass Deutschland ohnehin nur mit halbem Herzen bei der Sache war, geht aus Äußerungen von Verteidigungsminister Scharping hervor. Am 9. Januar hatte er eine Reihe ihm wohlgesonnener Wissenschaftler zu einer Tagung eingeladen, um über den Zusammenhang von DU-Munition und erhöhter Leukämie-Gefahr zu sprechen. Die angereisten Experten verwiesen jeden Zusammenhang in das Reich der Legende und bescheinigten obendrein „ihrem“ Minister, sorgfältig gearbeitet zu haben. Der Direktor des Münchener Forschungszentrums für Umwelt und Gesundheit (GSF), Herwig Paretzke, erklärte, einen Zusammenhang zwischen Uran-Munition und Leukämieerkrankungen könne man „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ ausschließen. Das Münchener Institut war von der Bundeswehr mit der gesundheitlichen Überwachung einer Gruppe von Soldaten beauftragt gewesen, deren Tätigkeit die Gefahr eines Kontakts mit uranhaltiger Munition vermuten ließ. Deren Urinproben wurden mit denen ei-

ner Kontrollgruppe verglichen („Biomonitoring“), die nicht mit Munitionsresten in Kontakt stand. Claus Piekarski, Professor für Arbeitsmedizin, drehte gar den Spieß um und erklärte, nicht der Einsatz der Munition, sondern das Schüren solcher „unbegründeten Ängste“ könne als „Körperverletzung“ gewertet werden!

In einer Information des Führungsstabes der Streitkräfte für die Truppe wird die Gefährdung durch Strahlung als außerordentlich gering bewertet. Ein Kilo abgereichertes Uran führe in einer Distanz von einem Meter während eines Jahres zu einer Dosis, die nur ein Drittel dessen betrage, was ein Durchschnittsbürger aus natürlichen Strahlungsquellen pro Jahr aufnehmen würde. Nichts wie hin also zu den Stellen, an denen die tödlichen Geschosse der NATO im Krieg niedergingen! Es ist vielleicht nicht gerade die „Badekur“, die in früheren Zeiten dem Krieg angedichtet wurde, aber doch eine Zeit der „Ferien von der Strahlung“. Warum dennoch die Truppenführer – übrigens auch die der US-Army – ihren Soldaten auferlegt haben, beim Herumwandern in solchen Verdachtarten ABC-Schutzausrüstung anzulegen, bleibt deren Geheimnis. Oder ist das nur so eine altertümliche Barras-Schikane, um die Soldaten ein wenig zu schinden, bis ihnen – um im herkömmlichen Unteroffizierston zu bleiben – „das Wasser im Arsch kocht“?

Scharping wieder groß in Form

Scharping selbst kam mit buchstäblich stolz geschwellter Brust aus diesem Expertentreffen und von der NATO-Tagung und veranstaltete eine Pressekonferenz, die von der Lautstärke und dem zelbrierten Brustton einer 150-prozentigen Überzeugung her an seine Fernsehauftritte während der Zeit des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien erinnerte. Es gibt kein Balkan-Syndrom, wohl aber gebe es ein „Hysterie-Syndrom“, das von „fahrlässigen“ Berichten und „mangelnder Aufmerksamkeit“ verursacht worden sei. Schuld daran seien die Medien und die Opposition – die außerparlamentarische Opposition etwa der Friedensbewegung kann er damit nicht gemeint haben, weil er die schon lange nicht mehr wahr-, geschweige denn ernstnimmt. Gebetsmühlenartig seine Behauptung, es gebe unter deutschen Soldaten keinen einzigen Krebsfall, der im Zusammenhang mit dem Balkaneinsatz stehe. Und wahrscheinlich nur aus Rücksicht auf das Ka-



A-10-Kampfflugzeuge (im Militärjargon „Warzenschweine“): Die NATO verschoss im Krieg gegen Jugoslawien 31.000 uranhaltige Geschosse

binett, das sich hier in Teilen und im Ton etwas besorgter gibt, forderte er – eigentlich wider sein besseres Wissen –, dass kein Land die umstrittene Munition verwenden solle. Und da man auf panzerbrechende Munition im Krieg nicht verzichten könne, brachte er als gleichwertigen Ersatz für das abgereicherte Uran (DU: depleted uranium) das – allerdings wesentlich teurere – Metall Wolfram ins Gespräch.

Kritik an britischer Regierung und an NATO

In der britischen Zeitung „The Independent“ war am 8. Januar 2001 ein Artikel von Robert Fisk zu lesen, der als Kriegsberichterstatter nicht nur in Jugoslawien, sondern neun Jahre zuvor auch im Irak gewesen war. „Vom ersten Tag des NATO-Bombardements an“, so heißt es in dem Artikel, „hat das Bündnisses über die DU-Munition gelogen. Genau wie die amerikanische und britische Regierungen immer noch über deren Auswirkungen im südlichen Irak während des Golfkrieges 1991 lügen.“ Nach jenem Krieg hatte Fisk die alten Schlachtfelder um die irakische Stadt von Basra besucht und war dabei auf „schreckliche neue Krebsfälle unter den Menschen, die dort leben, gestoßen.“ Auch genetische Schäden wurden deutlich. „Babies wurden ohne Arme, ohne Beine, ohne Augen geboren. Kinder hatten interne Blutungen oder entwickelten plötzlich groteske Tumore. Und – unnötig zu erwähnen – UNO-Sanktionen verzögerten oder verhinderten, dass diese armen Teufel die notwendige Medizin bekamen.“ Dann fand er irakische Soldaten, die schienen an dem gleichen „Golfkriegssyndrom“

zu sterben, „das bereits als Krankheitsursache für Tausende von amerikanischen und britischen Soldaten identifiziert worden war.“

Doch an all dem war damals die britische Regierung nicht interessiert, so wie auch heute die US-Regierung und im Grunde genommen auch die deutsche Bundesregierung nicht interessiert sind, zu wissenschaftlich einwandfreien Ergebnissen zu gelangen. Auch der Verweis auf die Weltgesundheitsorganisation (WHO) der vereinten Nationen, die solche Nachweise nicht liefert, ist kein Argument. Denn gerade die USA und Großbritannien haben jahrelang verhindert, dass die WHO im Irak Großuntersuchungen anstellen konnte – Einladungen von Seiten der irakischen Regierungen hierzu hätte es genügend gegeben.

Wissenschaftliche Ergebnisse, die es dennoch von unabhängiger Seite gab, sind regelmäßig als unseriös abgetan worden. Fisk: „Selbst ein Bericht des amerikanischen Militärs, der die Gesundheitsgefahren von DU-Munition genau schilderte und deshalb die Unterdrückung der Informationen forderte, wurde von den Politikern pflichtbewusst ignoriert.“ Vor zwei Jahren hatte Robert Fisk über einen britischen Regierungsbericht geschrieben, der genau schildert, welche außerordentlichen Vorsichtmaßnahmen das Militär in die Wege geleitet hat, wenn es auf den Schießständen in Großbritannien DU-Munition testet. Auf dem Schießstand in Cumbria – so Fisk damals – würden die Granaten in einen Tunnel hinein abgefeuert und der von der Einschlagsexplosion resultierende Staub würde aufgefangen und in Behältern aus Beton versiegelt und begraben. „Als Tatsache weiß ich, dass damals als erste Reaktion eines Beamten des Verteidigungsministeriums die Frage gestellt wurde, ob ich wegen der Aufdecken dieser Zusammenhänge strafverfolgt werden könnte.“

Während des NATO-Krieges erkundigte sich Fisk im NATO-Hauptquartier in Brüssel nach dem Einsatz von DU-Munition. Dabei habe ihm der deutsche Luftwaffengeneral Jerz erzählt, dass abgereichertes Uran „harmlos“ sei und in Bäumen, in der Erde und in den Bergen gefunden würde. „Es war eine Lüge. Nur Uran, nicht die abgereicherte Art von Uran, das aus atomarem Müll hergestellt wird, kommt als natürliches Element in der Umwelt vor. Und NATO-Sprecher James Shea zitierte aus einem Bericht der Rand Corporation, wonach DU nicht schädlich war, obwohl er sehr genau wusste, dass dieser Rand-Bericht sich lediglich auf Staub in Urangruben bezog.“ – „Wieder zurück im Kosovo, erklärte mir ein britischer Offizier in einem privaten

Gespräch, dass die Amerikaner so viel DU-Munition im Krieg gegen Serbien verwendet hatten, dass sie keine Idee hätten, wie viele Gebiete verseucht sind. (...) Zugleich versuchen die Amerikaner und Briten uns weiter zu täuschen. Unverfroren verkünden jetzt die Amerikaner, dass unter ihren Truppen im Kosovo keine Fälle von Leukämie gäbe. Dabei vergessen sie zu erwähnen, dass die meisten ihrer Soldaten im Kosovo in dem massiven Camp Bondsteel nahe der mazedonischen Grenze stationiert sind, wo die NATO keine DU-Munition abgefeuert hat. Völlig unnötig zu sagen ist auch, dass die Amerikaner mit keinem Wort die Zige Tausende von amerikanischen Soldaten erwähnen, die ihre Krankheit auf eine Verseuchung im Golfkrieg zurückführen. Britische Veteranen sterben an unerklär-

ter in den verseuchten Gebieten leben. Und wegen der anhaltenden Radioaktivität auch die kommenden Generationen. (...) Wenn Scharping behauptet, dass die Zivilbevölkerung überhaupt nicht betroffen sei, dann ist auch bei ihm ein Rücktritt angesagt.“

Im weiteren Verlauf des Interviews geht Betram auf die gesundheitlichen Risiken ein: „Nach dem Aufprall der Munition und der damit verbundenen Entzündung entstehen feinste Stäube, im Wesentlichen aus radioaktivem Uranoxid. Die schweren Teilchen sinken zwar zu Boden, aber ein großer Teil hält sich weiter in der Atmosphäre auf, kann sich über Kilometer ausbreiten und dadurch in die Atemwege gelangen.“ „(Diese Teilchen) setzen sich in der Lunge oder in den Bronchien fest. Da sie einen eher keramischen Charakter haben, lösen sie sich nicht auf und können über zehn Jahre in dem Gewebe bleiben. Dadurch bestrahlen sie permanent ihre nähere Umgebung. Ein einziges Teilchen kann beispielsweise in einem Lymphknoten Krebs auslösen.“

Und zu den Urinproben, auf die das Verteidigungsministerium immer wieder verweist, erklärt Bertram: „Urinproben zu nehmen, ist reine Augenauswischerei. Urinproben nach so kurzer Zeit der Kontamination geben nur dann etwas her, wenn es sich um ganz massive Verseuchung handelt.“ „Es gibt meines Wissens nur eine

Methode, die allerdings sehr aufwändig und nur über längere Zeiträume ergiebig ist: Das ist die Prüfung auf Veränderung der in den Zellkernen vorhandenen Chromosomen, die Überprüfung auf so genannte Chromosomen-Aberrationen also. Radioaktivitätsprüfungen von außen sind bei Fällen von inkorporierten (einverleibten) Alphastrahlen so ein Unsinn, dass man gar nicht begreifen kann, wie eine Behörde wie das Verteidigungsministerium so etwas überhaupt machen kann. Das, was ich jetzt erläutere, sind ja keine jungen Erkenntnisse. Es ist seit 20 Jahren bekannt, wie gefährlich solche radioaktiven Stäube sind.“ – Bedarf es noch eines Hinweises darauf, dass Professor Bertram zu Scharpings Expertenrunde nicht eingeladen war?

Peter Strutynski, Bundesausschuss Friedensratschlag. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors. Quelle: www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Welcome.html –

Quellen: Tageszeitungen vom 11. Januar 2001 (NZZ, FR, SZ); Beitrag von Rainer Rupp (Saarburg, 9.01.2001). Das Interview mit Bertram ist vollständig abgedruckt in der Hessischen Allgemeinen (HNA) vom 11. Januar 2001



Keine Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung im Kosovo und anderen Gebieten Jugoslawiens: Kinder auf einem abgeschossenen Panzer

ten Krebsarten aus dem Golfkrieg. Ebenso die US-Veteranen. Und jetzt sind NATO-Truppen aus Bosnien und dem Kosovo dran, besonders Italiener sterben an unerklärten Krebsfällen. Wie die Kinder in den Krankenhäusern von Basra, zusammen mit ihren Eltern und Onkel und Tanten. Und den bosnischen Behörden, die die Zunahme von Krebsfällen erforschen wollen, verweigert die NATO die notwendigen Informationen. Dieses ist nicht ein Skandal. Es ist ein Verbrechen.“

Die Gesundheitsgefahren für die Zivilbevölkerung

In einem Interview mit einer hessischen Tageszeitung empört sich der emeriterte Professor für physikalische Chemie Rolf Bertram (Göttingen) darüber, dass bei der ganzen Diskussion nur an die Soldaten, nicht aber an die Zivilbevölkerung gedacht würde. „Das, was da passiert, ist ein Skandal. Ich werfe den Behörden in erster Linie vor, dass sie ihr Augenmerk nur auf die Soldaten richten. Das klingt jetzt etwas zynisch: Aber wirklich betroffen sind nicht die paar Soldaten, sondern die Zivilbevölkerung. Sie muss wei-

Unterschätzt, ver- harmlost, vertuscht, verzögert ...

Über die Ursachen und die Verbreitungswege der BSE-Seuche gibt es nach wie vor wenig gesicherte Erkenntnisse. Dass sie den Menschen bedroht und die unheilbare, immer tödlich verlaufende neue Variante der Creuzfeldt-Jakob-Krankheit hervorruft, ist seit einigen Jahren jedoch so gut wie sichert. Vor diesem Hintergrund ist die Geschichte der BSE-Seuche ein ungeheuerlicher politischer Skandal, wie die folgende kurze Chronologie zeigt, die vollständig auf einer sehr ausführlichen Chronologie basiert, die Karl-Heinz G. Dittberner recherchiert und im Internet zusammengestellt hat unter: www.userpage.fu-berlin.de/~dittbern/BSE.html

1985

In Sussex (England) stirbt die erste Kuh an BSE, andere Kühe zeigen die gleichen Symptome. Aber erst 1986 wird britischen Forschern klar, dass die torkelnden Rinder von einer völlig neuen Krankheit befallen sind; sie nennen sie „Bovine Spongiforme Enzephalopathie“ (BSE).

1986

In Großbritannien tritt offiziell der erste Fall einer an BSE-erkrankten Kuh auf. Erst 10 Jahre später wird die britische Regierung öffentlich eingestehen, dass vom Rinderwahnsinn Gesundheitsgefahren für den Menschen ausgehen.

1990

In Großbritannien erkranken jetzt bis zu 300 Rinder jede Woche an der BSE-Seuche. • Nach einer EU-Vorschrift müssen alle BSE-Fälle gemeldet werden. Außerdem verfügt die EU ein Exportverbot für britische Rinder, die älter als 6 Monate sind. Im Juni verhängt Deutschland ein totales Importverbot für lebende Rinder aus Großbritannien. Die Einfuhr von Rindfleisch bleibt eingeschränkt erlaubt. Kurz darauf beschließt die EU, dass Rindfleisch aus erkrankten britischen Beständen exportiert werden darf, wenn vorher risikoreiche Teile entfernt werden. Auch britische Kälber dürfen exportiert werden. Daraufhin will Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle (CSU) die strengeren deutsche Vorschriften wieder aufheben. • In der Schweiz wird der 1. BSE-Fall entdeckt. Es handelt sich dabei auch um den 1. nicht-importierten Fall auf dem Kontinent. Bei dem Rind wird eine Ansteckung durch prionenhaltiges Tiermehl angenommen.

• Die EU-Kommission verhängt für Rinder, Schafe und Ziegen ein Verfütterungsverbot von Tiermehlen, da diese den BSE-Erreger enthalten können, d. h. mit Prionen belastet sein können.

1991

Aus Frankreich wird der 1. BSE-Fall gemeldet. Später werden auch in Irland, Portugal, Belgien, Dänemark BSE-Fälle

entdeckt werden. • Erstmals erkrankt ein Rind an BSE, das nach dem Verbot der Tiermehlfütterung von 1990 geboren ist.

1992

Aus Deutschland wird der 1. BSE-Fall gemeldet. Das Rind war aus Großbritannien importiert worden. In Großbritannien erreicht die BSE-Seuche den Höhepunkt. Jeden Monat sterben mehr als 2.500 Rinder an BSE, im ganzen Jahr 1992 sind es 37.280.

1993

Die deutsche Tierärztin Dr. Herbst entdeckt bei Inspektionen des Schlachthofs von Bad Bramstedt in Schleswig-Holstein seit Anfang der 90er-Jahre 21 BSE-verdächtige Rinder. Als Dr. Herbst 1993 öffentlich eine gründliche Untersuchung fordert, wird sie strafversetzt und 1994 entlassen. Danach bekam sie keine Anstellung mehr in ihrem Beruf.

1993

Der EU-Agrarkommissar René Steichen schreibt an das deutsche Gesundheitsministerium, dass „eine neue öffentliche Debatte über die BSE-Problematik gefährlich“ wäre. „Jede neue Diskussion hat dramatische Auswirkungen auf den Rindfleischverbrauch der gesamten Gemeinschaft.“

1994

Der Kieler Zoologie-Professor Sievert Lorenzen informiert den niedersächsischen Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD), dass an BSE erkrankte Import-Rinder auf einem Hof bei Hannover die Seuche vielleicht doch nicht eingeschleppt, sondern sich womöglich erst in Deutschland infizierten. Funke ist dem Hinweis nicht ernsthaft nachgegangen. • Die EU verbietet das Verfüttern von „aus Säugetiergegewebe gewonnenen Futtermitteln“ (Tiermehl) an Wiederkäuer. Bundesgesundheitsminister Seehofer (CSU) kann sich bei der EU nicht mit einem Importverbot durchsetzen. Dennoch zeigt er sich „zutiefst zufrieden“. Und hebt das Schlachtverbot für über 6 Monate alte britische Rinder wieder weitgehend auf.

1995

Trotz Warnung aller Experten verzögerte Bundeslandwirtschaftsminister Borchert (CDU) die Einfuhrbeschränkungen für britische Rinder: „Kein Alleingang.“

1996

Der britische Premierminister John Major gibt erstmals öffentlich den Zusammenhang zwischen BSE und den an nvCJD erkrankten Menschen zu. Jahrelang hat er gelogen. Die Zwischenbilanz: Mindestens 10 nvCJD-Tote in Großbritannien. • Frankreich und Belgien verhängen ein sofortiges Importverbot fürs Briten-Beef. Erst nach Zögern verfügt auch die Bundesregierung ein vorläufiges Total-Importverbot für britische Rinder und Rindfleisch. • Großbritannien wird von der EU verpflichtet, alle Rinder, die älter als 30 Monate sind, zu vernichten. Das sind schätzungsweise 4 Millionen Tiere. • Bundeslandwirtschaftsminister Borchert (CDU) sagt, er

könne nun für die deutschen Verbraucher „BSE-Entwarnung“ geben: „Deutsches Rindfleisch ist sicher.“ • Beim EU-Gipfel von Florenz verabschieden die Staats- und Regierungschefs einen Plan für eine schrittweise Aufhebung des Exportverbots. • Die EU-Kommission schlägt aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse vor, dass EU-weit BSE-Risikomaterialien von Rindern, Schafen und Ziegen, die älter als 1 Jahr sind, nicht mehr zu Lebensmitteln und Tierfutter verarbeitete werden sollen. Damit kann sie sich aber jahrelang nicht gegen die Agrar-Lobby durchsetzen. Erst zum 1. Oktober 2000 werden diese sinnvollen BSE-Vorsorgemaßnahmen eingeführt. Deutschland gehörte zu den Hauptbremsern.

1998

März: Erneut kippt der EU-Agrarministerrat unter Beteiligung von Landwirtschaftsminister Borchert die Einführung sinnvoller BSE-Vorsorgemaßnahmen (Vernichten aller Risikomaterialien). V.a. Deutschland sprach sich gegen diese Vorsorge aus. • April: Einführung von BSE-Schnelltests durch die EU.

1999

März: Nordrhein-Westfalens Umweltministerin Höhn (Grüne) startet einen BSE-Massentest in Schlachthöfen. Bis Juni 2000 werden 5.000 Schlachtrinder mit dem Prionics-Schnelltest untersucht. Der Massentest ergibt keinen Hinweis auf BSE. Vermutlich war die Zahl untersuchter Tiere zu gering. Die bayerische Gesundheitsministerin Barbara Stamm (CSU) kritisiert das BSE-Vorsorgeprogramm in NRW scharf als „ungeeignet und überflüssig“. Mit der willkürlichen Untersuchung gesunder Tiere werde das Vertrauen der Verbraucher in Rindfleisch eher gemindert als gestärkt. „Wenn in Deutschland – das ja bekanntlich BSE-frei ist – gesunde Schlachtrinder auf BSE untersucht werden, ist der Ausgang der Untersuchung schon vor deren Beginn klar“, sagte Stamm. • Juli: Die EU-Kommission beschließt zum 1. 8. 1999 die Aufhebung des weltweiten Exportverbots von 1996 für britisches Rindfleisch.

2000

Februar: Gegen den Willen mehrerer Bundesländer billigt die Bundesregierung die Aufhebung des Importverbots für britisches Rindfleisch mit der Forderung an die EU, das Fleisch unmissverständlich zu kennzeichnen. Die EU erhebt Klage gegen die Bundesrepublik.

März: Mit einer Expertenstudie weist die EU auf die erhebliche BSE-Gefahr in Deutschland hin. Die Bundesregierung ignoriert die Warnung.

April: Bei einem BSE-Expertentreffen zum BSE-Risiko in Deutschland im Landwirtschaftsministerium wird im Abschlussprotokoll festgestellt: „Es besteht einhellig die Meinung, dass von politischer Seite Vorbereitungen für den ersten Fall von einheimischer BSE in Deutschland getroffen werden sollten.“ Die Bevölkerung wird dennoch nicht über die BSE-Gefahr, die vom Verzehr

von Wurst und Rindfleisch ausgehen kann, aufgeklärt.

Mai: Die EU-Kommission kündigt den 4. Versuch (!) an – auch gegen den Widerstand Deutschlands – EU-weit das Entfernen und Vernichten des Risikomaterials bei allen geschlachteten Rindern durchzusetzen. Zum 1. Oktober 2000 tritt die EU-Direktive in Kraft.

August: Der wissenschaftliche Lenkungsausschuss der EU-Kommission legt eine BSE-Risikostudie vor. Danach wird Deutschland zusammen mit Frankreich und der Schweiz in der Kategorie 3 „wahrscheinliches Risiko“ eingestuft. Von der Bundesregierung und der deutschen Agrar-Lobby wird diese Risiko-Einstufung scharf kritisiert. Die EU verwendet „alte Daten“, hieß es. • Die seit Juni in Frankreich laufenden Massentests der Rinderbestände auf BSE-Befall bringen es an den Tag: Es gibt eine deutliche Zunahme der Zahl der BSE-Fälle.

September: Die EU-Verordnung der Rindfleisch-Etikettierung tritt in Kraft. Verbraucher können danach bei jedem gekauften Stück Rindfleisch erkennen, wo das Tier geschlachtet und zerlegt wurde, nicht aber wo das Rind geboren und aufgewachsen ist. Außerdem gilt die Verordnung nicht für Fleischprodukte wie Wurst. • Mediziner warnen vor der Möglichkeit, dass sich ein Kind im Mutterleib mit nvCJD infizieren kann. • Es steht nun fest, dass BSE bzw. nvCJD auch über Blut oder Blutprodukte übertragbar ist.

Oktober: Risikomaterialien von Rindern, Schafen und Ziegen dürfen EU-weit nicht mehr für Nahrungs- und Futtermittel verwertet werden. Sie müssen vernichtet werden. Deutschland hatte sich bei der Abstimmung im EU-Ministerrat der Stimme enthalten. • Bis Ende Oktober 2000 sind in Großbritannien bereits 84 Menschen an nvCJD gestorben.

November: Die britische Regierung unter Tony Blair rechnet inzwischen mit bis zu 136.000 Toten. • Im Kampf gegen die weitere Ausbreitung der Rinderseuche BSE verordnet Frankreich ein totales Verbot von Tier- und Knochenmehlen. Zudem wird der Verkauf von T-Bone-Steaks untersagt. • Das Bundeslandwirtschaftsministerium stellt fest, dass in Deutschland weiterhin Tiermehl an Geflügel, Schweine und Fische verfüttert werden darf. Das hierzulande für Nicht-Wiederkäuer verwendete Tiermehl sei „in mikrobiologischer und hygienischer Hinsicht unbedenklich“, so das Landwirtschaftsministerium. • Im EU-Veterinärausschuss lehnt Deutschland erneut die Einführung flächendeckender BSE-Schnelltests ab. • Nachdem sich die 15 EU-Agrarminister am 20/21.11. nur auf kleinstem gemeinsamen Nenner einigen konnten, beschließt in Brüssel der ständige EU-Veterinärausschuss lediglich eine Beobachtung der weiteren BSE-Entwicklung durch Ausdehnung der BSE-Tests ab Januar 2001 auf alle Risiko-Tiere. Ab Juli 2001 sollen dann vielleicht



auch „gesunde Rinder“ (Schlachtvieh), die über 30 Monate alt sind, nach dem Schlachten auf BSE-Befall untersucht werden. Das meiste Schlachtvieh ist jedoch jünger als 24 Monate. • Aus Spanien wird der 1. BSE-Fall gemeldet. Die Zahl der seit 1990 außerhalb Großbritanniens entdeckten BSE-Fälle bei Rindern steigt damit auf 1.573 (Deutschland 6). • Nur 2 Tage vor der Entdeckung des 1. (offiziellen) einheimischen BSE-Falls sagt Bundesernährungsminister Funke (SPD): „Es gab bisher keinen einzigen originären BSE-Fall in unserem Land. Die Verbraucher können nach wie vor, ohne Angst um ihre Gesundheit haben zu müssen, deutsches Rindfleisch essen.“ • Der 1. BSE-Fall eines in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Rinds wird vom nationalen Referenz-Labor in Tübingen amtlich bestätigt. Die Bundesregierung beschließt ein totales Tiermehl-Verbot. • Deutsche Wissenschaftler vermuten, dass Prionen (BSE-Erreger) auch auf Böden und Weiden übertragen werden können.

Dezember: In Deutschland tritt das Gesetz zum Verbot der Tier- und Knochenmehl-Verfütterung innerhalb von 5 Tagen in Kraft. • Der EU-Agrarministerrat (15 Agrarminister) beschließt im Kampf gegen die Rinderseuche BSE ein generelles Verfütterungsverbot von Fleisch- und Knochenmehlen (MBM) ab 1. Januar 2000. Das Verbot gilt aber nur befristet für 6 Monate. Fischmehl und tierische Fette dürfen weiterhin an Schweine, Geflügel und Fische verfüttert werden. • In Deutschland laufen aufgrund einer Eilverordnung die verbindlichen BSE-Tests an. Alle Schlachtrinder, die älter als 30 Monate sind, sowie

notgeschlachtete Rinder müssen auf BSE untersucht werden. • In Sachsen-Anhalt werden in 88 von 435 Rinderfutter-Proben illegale Tiermehl-Bestandteile gefunden. In den folgenden Wochen werden insbesondere in Bayern – aber auch in anderen Bundesländern – immer wieder Tiermehle in Rinderfutter entdeckt, obwohl das seit 1994 strikt verboten ist. • Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (Grüne) hält deutsche Wurst für sicher. Nur einen Tag später empfiehlt die Gesundheitsministerin eine Rückrufaktion älterer Wurstprodukte, da diese BSE-Risikomaterialien (Separatorenfleisch) enthalten könnten. • In Großbritannien werden noch immer rund 25 BSE-Rinder pro Woche entdeckt. Insgesamt wurden im Jahr 2000 bis zum 31. Oktober 1101 BSE-Fälle registriert. Bis Ende 2000 sind in Großbritannien insgesamt 87 Menschen an den BSE-Folgen gestorben, in Frankreich bereits 3.

2001

Januar: In Deutschland sind bis zum 15.1. insgesamt 19 originäre BSE-Fälle amtlich bestätigt. Außerdem gibt es weitere BSE-Verdachtsfälle. Alle bisher entdeckten BSE-Rinder stammen aus bäuerlichen Familienbetrieben.

Erstes Weltforum gegen Neoliberalismus und globalisierenden Kapitalismus

Das Weltsozial-forum – das Gegen-teil von Davos

Vom 25. bis 30.1.2001 versammeln sich in der brasilianischen Stadt Porto Alegre (Staat Rio Grande do Sul), nahe den Grenzen Argentiniens und Uruguay, fast 3 000 Menschen aus aller Welt, um zum gleichen Zeitpunkt, da sich in Davos (Schweiz) die neoliberalen Weltelite ein Stelldichein gibt, über Gegenstrategien zum globalisierenden Kapitalismus nachzudenken und Alternativen zu erarbeiten. Es ist das erste Mal, dass sich ein solches Forum trifft. Es wird getragen von einer breiten Koalition verschiedener sozialer Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Politikern, Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern. Unter den Einzelpersonlichkeiten sind Namen zu finden wie Eduardo Galeano (Schriftsteller – Uruguay), Noam Chomsky (Publizist – USA), Pierre Bourdieu (Soziologe – Frankreich), Sebastiao Salgado (weltbekannter Fotograf – Brasilien), Samir Amin (Wissenschaftler – Senegal), Jose Saramago (Schriftsteller – Portugal), Leonardo Boff (Befreiungstheologie – Brasilien), Ignacio Ramonet (Herausgeber der *Le Monde Diplomatique*, einer der Träger des Forums-Frankreich) u.a. Das Forum wird über 300 Veranstaltungen umfassen, die Fragen des Kampfes gegen die neoliberalen Strategie, für mehr De-

mokratie, soziale Gleichheit und den Kampf gegen die großen Finanzinstitute und -organisationen (IWF, Weltbank etc.) behandeln werden. Es wird eine andere Art Kampf sein als der bisher von vielen Bewegungen und Organisationen in Seattle, Washington oder Prag gegen die Tätigkeiten des IWF und WTO organisierte. Diesmal geht es um eigene Strategien und den Nachweis, dass eine andere Welt als die des globalisierenden Kapitalismus möglich ist. Das Forum trägt orientierenden Charakter.

Pierre Bourdieu und Loic Wacquant (Universität Berkley, Kalifornien) schreiben in einem Artikel der *Le Monde*, Mai 2000:

„Die Verbreitung einer weltumspannenden vereinfachenden Sprache, in der Worte wie Kapitalismus, Klasse, Ausbeutung, Unterdrückung, Ungleichheit und andere bewusst oder mit der Begründung ihrer Überholtheit weggelassen werden, ist Produkt eines symbolischen Imperialismus: Es ist mächtiges und schädliches Ergebnis, weil es nicht nur forciert wird von den Vertretern der neoliberalen Revolution, die unter dem Deckmantel der ‚Modernisierung‘ eine Welt schaffen wollen ohne die sozialen und ökonomischen Errungenschaften eines hundertjährigen sozialen Kampfes, sondern auch als überholt und als Hindernis für die neue entstehende Ordnung bezeichnet wird. Das ist bis in die Reihen von Wissenschaftlern, Schriftstellern und Intellektuellen und Anhänger der Linken eingedrungen, die sich sogar in ihrer Mehrheit noch als progressiv betrachten.“

Porto Alegre ist gedacht als Kontrapunkt zu diesen Theorien und neoliberalen Auffassungen. Es ist der Aufruf zur Umkehr und Besinnung auf demokratische und linke Positionen. Es ist eine Sammlungsbewegung, die die Erfahrungen verschiedenster Organisationen und Menschen zusammenfassen will: Eine globalisierte Welt ohne die Beteilung der Menschen, ohne Demokratie ist undenkbar. Das Forum stellt den Menschen ins Zentrum und nicht den Markt, der alles bestimmen soll.

Dass es die Stadt Porto Alegre ist, ist kein Zufall. Seit 18 Jahren in der Stadt Porto Alegre und seit 1998 im Staat Rio Grande do Sul schaffen die Vertreter der Partei der Werktautigen Brasiliens (PT – Partido dos Trabalhadores) im Stadtrat und nun auch in der Regierung ein Beispiel der Demokratie von unten. Kernstück ihres Vorgehens in Staat und Kommune ist die partizipative Demokratie und das partizipative Budget. Breite Volksschichten sind an der Bestimmung der Schwerpunkte kommunaler Politik beteiligt. Porto Alegre ist ein „soziales Laboratorium“, wie Ignacio Ramonet sagt. Dort soll es sich platzieren, das Forum, als eine Art „rebellischer Internationale“ gegen das Treffen der neoliberalen Weltelite, gegen die Multimillionäre und ihre Lakaien in Davos (Schweiz). abe

Angebliche Stationierung russischer taktischer Raketen im Kaliningrader Gebiet

Ein Silvesterscherz?

Das Jahr des Antritts des mit großer Mühe erwählten Präsidenten der USA, Georg W. Bush, begann mit einem politischen Paukenschlag. Am 4. Januar erschien in der „Washington Times“, einem den Republikanern nahestehenden Blatt, die Meldung, dass Russland taktische Raketen des Typs „Totschka“ („Punkt“) mit atomaren Sprengköpfen und einer Reichweite von 70 km in das Kaliningrader Gebiet, eine Exklave russischen Territoriums, verlegt hat. Die Information stammte aus Geheimdienstkreisen, sodass offizielle Reaktionen verhalten formuliert wurden. Russland verletzte damit das 1991/92 zwischen den damaligen Präsidenten der Sowjetunion Michail Gorbatschew und der USA Georg Bush sen. erzielte Abkommen über Atomwaffenfreiheit dieser Zone. Die UdSSR hatte sich, ähnlich wie auch die USA, mündlich dazu verpflichtet, in den Ländern des ehemaligen Warschauer Vertrages, einschließlich des Gebietes von Kaliningrad, keine Atomwaffen zu stationieren. Geheimdienstquellen sprachen davon, dass die Verlegung oder Erprobung der Waffe im Kaliningrader Gebiet schon im Juni 2000 bemerkt worden sei. Kaliningrad ist bekanntlich die größte Marinebasis der Ostseeflotte der Russischen Föderation.

Russische Reaktionen, in die sich auch Präsident Putin einschaltete, verneinten kategorisch eine derartige Verlegung und erklärten, dass es im gegenwärtigen Moment politisch eine Dummheit und militärisch widersinnig sei, Raketen dieses Typs nach Kaliningrad zu verlegen. Es wurde die Frage aufgeworfen, warum, wenn seit geraumer Zeit bemerkt, die Information jetzt erst käme. Der Gouverneur, und noch Kommandierender der Ostseeflotte, General Jegorow, sprach von einem schlechten Silvesterscherz.

Aber es geht um mehr.

Am 20. Januar wird Georg W. Bush offiziell sein Amt antreten. Bush äußerte sich kürzlich in einem Interview der „New York Times“ äußerst kritisch über die Politik seines Vorgängers Bill Clinton, bes. über dessen Politik gegenüber Russland. Bush sagte: „Amerika will einfach einem System kein Geld geben, in dem das Ziel der Finanzierung nicht erreicht wird.“ Er will die direkte finanzielle Hilfe an Russland einstellen, wenn Präsident Putin nicht alles tut, um die Korruption in Russland zu bekämpfen, und Maßnahmen einleitet, die gezielt wirtschaftliche und gesetzgeberische Reformen nach sich ziehen. Geld geben will er nur für die weitere Reduzierung des Atomwaffenarsenals Russlands. Der kommenden Administration des Weißen Hauses ist die Russland-Politik Clintons ein Dorn im Auge. Clinton habe sich täuschen lassen. Die Russen unter Putin sind

dabei, wieder aktiver in das Weltgeschehen einzugreifen. Viele Fakten belegen das: der Besuch Putins in Kuba, der russische Verteidigungsminister im Iran, Beendigung russischer Gaslieferungen an Georgien („ein Land, das sich eng an den Westen anlehnt“), Ankündigung der Kürzung russischer Schuldenzahlungen an den Pariser Klub und nun noch Raketen taktischen Typs in Kaliningrad. Russland wird zu frech, Putin verfolge eine aggressive Außenpolitik, so die Schlussfolgerung in den Kreisen der republikanisch orientierten Politik.

Dazu kommt die strikte Ablehnung Russlands, ein den ABM-Vertrag von 1972 verletzenden „Nationalen Raketen-schutzschild“ zu errichten und damit das gesamte bisher erreichte Abrüstungs- und Waffenbeschränkungssystem in Frage zu stellen, angefangen vom ABM-Vertrag bis hin zu SALT II. Russland steht mit dieser Position nicht allein. Sowohl China wie auch westeuropäische Staaten sind ähnlicher Auffassung. Bush hat im Wahlkampf deutlich gemacht, dass er das „National Defense System“, d. h. einseitig den Schutzschild, politisch will, obwohl Experten sagen, dass es unzählige technische Probleme gibt, die einer schnellen Realisierung im Wege stehen. Jedoch bestehe die Gefahr, dass sich eine antiamerikanische Koalition herausbildet, die verhindert werden muss.

Vor allem können die USA keinesfalls eine Annäherung Russlands an die BRD zulassen. So gesehen war die Information der „Washington Times“ eine gezielte Maßnahme, die kurz vor dem „Privatbesuch“ Bundeskanzler Schröders in Moskau gestartet wurde. Die Art und Weise und der Zeitpunkt der Information verraten ihre Zielfunktion.

Und es ist nicht zu übersehen, dass sie noch ein weiteres Ziel verfolgte. Das offizielle Polen reagierte sofort. Russland müsse eine internationale Inspektion des Kaliningrader Gebietes gestatten, obwohl hinlänglich bekannt ist, dass dort ständig Inspektionen durchgeführt werden. Und – so war der Selbstlauf der Information – es müsse alles getan werden, um die „jungen bedrohten Demokratien der baltischen Staaten so schnell wie möglich in die NATO aufzunehmen“, obwohl deren Reaktion sehr moderat war und sie im Wesentlichen von guten Beziehungen, bes. Litauen, mit der Russischen Föderation sprachen.

Mit der Erweiterung der NATO und der Europäischen Union bleibt Kaliningrad ein äußerst kritischer Punkt, wenn es nicht gelingt, zu einvernehmlichen Regelungen zwischen Russland, den baltischen Staaten und Polen und der Europäischen Union zu kommen. Jederzeit kann Kaliningrad als Basis der russischen Ostseeflotte und der hohen militärischen Konzentration beiderseits seiner Grenzen als politisches Druckmittel genutzt werden.

Achim Wahl

Viele Fragen offen

Am 22. Dezember um die Mittagszeit explodierte vor den Redaktionsräumen von *il manifesto* im dritten Stock eines fünfstöckigen Gebäudes in der Via Tomacelli in Rom eine Bombe. Eingangsbereich und Treppenabsatz wurden beschädigt, erheblich verletzt wurde der offensichtliche Attentäter Andrea Insabato. Die Detonation, der erste Anschlag auf die Zeitung in ihrer über 30-jährigen Geschichte, hätte Menschenleben kosten können. Auf die Nachricht von dem Attentat bekundeten viele Menschen ihre Solidarität, indem sie direkt vorbeikamen oder sich telefonisch oder schriftlich bei der Zeitung meldeten. Am folgenden Tag gab es in Rom eine Demonstration und in vielen anderen Städten Informations- und Protestveranstaltungen.

Antworten auf die Fragen nach den Hintergründen des Attentats, Zusammenhängen und Interessen geben die Untersuchungsbehörden bisher nicht. Sie äußern sich nicht einmal, ob sie einschlägig nachforschen und etwas wissen. Die im *Corriere della Sera* lancierte Meldung, die Behörden dächten an eine psychiatrische Untersuchung des Attentäters, lässt eher Verschleierung befürchten als Aufdeckung erwarten.

Der Attentäter

Der mutmaßliche Attentäter, der die Attentatsabsicht bestreitet und selber hereingelegt worden sein will, führt beruflich anderen Leuten die Hunde aus. Er ist den Behörden seit langem so bekannt, dass der Innenminister bei seinem Besuch am Tatort gleich eine Akte mitbrachte. Andrea Insabato ist immer wieder im Zusammenhang mit faschistischen und katholisch-fanatischen Aktivitäten aufgefallen. Er hat eine Vergangenheit in den faschistischen Organisationen MSI und Terza Posizione und wurde 1992 wegen Aufstachelung zum Rassenhass – Verbrennen einer Fahne mit Davidstern im Stadion – zu einerinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er ist aktiv in der katholisch-fanatischen Organisation Militia Christi, die z.B. antisemitisch, mit radikalen Anti-Abtreibungsaktionen oder gegen den Schwulenkonkress Gay Pride aufgetreten ist. Und er hat Verbindungen zu der faschistischen Organisation Forza Nuova, die offiziell 1998 gegründet wurde. So ist Insabato

Anfang Dezember mit FN-Flugblättern auf einer Kundgebung aufgetreten, die Forza Nuova zur Unterstützung von Haider anlässlich von dessen Papst-Besuch in Rom organisierte (mit dabei u.a. NPD-Voigt). Natürlich kennen wir Andrea, ein guter Freund – erklärt der Forza Nuova-Chef Roberto Fiore –, aber mit unserer Bewegung hat er nichts zu tun.

Forza Nuova im Blickfeld

Inzwischen ist bekannt, dass Insabato 1997 in der Londoner Unternehmensgruppe Meeting Point tätig war. Hier hatten die FN-Gründer Fiore und Morsello im Exil eine heute auf 30 Millionen DM geschätzte Firmengruppe (Jugendtourismus mit 1500 Bettenplätzen, Musik, Sprachschule u.a.) aufbauen können, obwohl sie in Italien wegen subversiver Aktivitäten gesucht wurden. Ende der 80er-Jahre hatte die Labour-Partei im Abgeordnetenhaus nach Verbindungen zwischen Fiore/Morsello und dem britischen Geheimdienst MI6 gefragt und folgende

men auf, wir sind wie eine Lokomotive und reißen alles und alle mit.“ Politische Schwerpunkte sollen Abwehr und Vertreibung von Ausländern, Bekämpfung von Abtreibung, nationalistische Identifikation gegen die Globalisierung, Orientierung an Haider sein.

Parlamentsdebatte: rechte Krokodilstränen

In einer Parlamentsdebatte zu dem Anschlag haben alle Fraktionen – wie nicht anders zu erwarten – das Attentat verurteilt. Gleichzeitig wurden aber auch Verantwortlichkeiten und Interessen (unabhängig davon, ob es nun förmliche Hinterleute des Attentats gibt oder nicht) deutlich. Die Linke kritisiert zu Recht, dass die aktuelle Wahlkampfführung der Rechten zur nächsten Parlamentswahl das Klima für Gewalttaten bereitet. So hatte z.B. Cesare Previti, Berlusconis früherer Anwalt und später sein Verteidigungsminister, in der *Stampa* erklärt: „Dies sind für die Linken die letzten Tage von Pompeji, danach machen wir einen Tisch (piazza pulita)“. Unter dem Eindruck des unmittelbar darauf folgenden Attentats bestritt Previti diese Formulierung, die *Stampa* bestätigte sie. Gewaltbereite faschistische Kräfte lesen solche Äußerungen vermutlich als Lizenz zum Losschlagen.

Und die Rechten will wie immer von den Wirkungen von Attentaten profitieren. Berlusconi benutzte den Anschlag in der Parlamentsdebatte nach der obligatorischen Distanzierung zur Bekräftigung seiner Forderung nach sofortiger Vorziehung der Parlamentswahl. Kein Wunder, dass die Frage auftaucht, ob hier wie bei früheren Attentaten die Fäden für eine „Strategie der Spannung“ gezogen werden, die die Rechte mit ihren Forderungen nach mehr Staat und autoritarem Staat in die Regierung zurückführen soll.

Als Problem erweist sich, dass die Linke an der Regierung auf eine systematische Erforschung und Offenlegung der Hintergründe von faschistischen Attentaten in den letzten mehr als dreißig Jahren verzichtet hat. In den Prozessen zu dem Anschlag auf den Bahnhof von Bologna 1980 waren erstmals auch Geheimdienstleute angeklagt und verurteilt worden. Andere rechte Attentate mit vielen Toten und vermumter Verwicklung staatlicher Stellen sind nicht oder nicht befriedigend aufgeklärt. Die Linke an der Regierung hat diese Fragen nicht angesfasst, sondern eine Art konstitutioneller Zähmung der Rechten, deren Einbeziehung in eine institutionelle Reform, versucht. Das finstere Kapitel der faschistischen Attentate ist deshalb nach wie vor kaum aufgehellt.

rok



Der blutigste in der langen Reihe faschistischer Anschläge in Italien: die Bombe im Bahnhof von Bologna mit 85 Toten im August 1980.

Türkei: Gefängnis-Massaker

Wie viele Gefangene der Erstürmung von 20 Gefängnissen, mit der die türkische Armee und Spezialeinheiten am 19.12. begannen, zum Opfer fielen, ist immer noch nicht endgültig klar. Verschiedene Quellen haben die Namen von 31 Toten veröffentlicht, darunter zwei, die nach der Erstürmung durch Zwangsernährung getötet wurden; zwei weitere Tote wurden namentlich noch nicht identifiziert. Aber immer noch sind über 50 Gefangene „verschwunden“.



Aus dem Bericht einer Anwältin

Am letzten Freitag (22.12.) fuhr ich zum Gefängnis für Frauen und Kinder in Bakirköy. (...) In diesem Gefängnis konnte ich Kontakt zu Frauen aufnehmen, die von Bayrampasa hierher gebracht worden waren. Nach ihren Auskünften hatten die Soldaten bereits in den ersten Minuten der Erstürmung des Gefängnisses mit Kanons-Gewehren, die mit Nachtsichtgeräten versehen waren, auf die Gefangenen geschossen. Dieser Typ Gewehr ist der türkischen Armee vorbehalten und kann privat nicht erworben werden. Auch benutzten sie bei der Erstürmung des Gefängnisses Flammenwerfer. Die Frauen sind überzeugt, dass die verbrannten Leichen von diesen Flammenwerfern stammen und sich die Inhaftierten nicht selbst angezündet haben. (...) Die Operation in Bayrampasa dauerte insgesamt fünfeinhalb Stunden. Alle Häftlinge wurden schließlich in Handschellen gelegt und in den Speisesaal gebracht. Dort mussten sie bis um Mitternacht warten, bis sie an verschiedene unbekannte Orte gebracht wurden. Sie durften sich nicht hinsetzen, obwohl viele von ihnen verletzt waren. Zahlreiche von ihnen mussten erbrechen oder wurden ohnmächtig, da sie während langer Zeit schutzlos den giftigen Gasen ausgesetzt waren. Die Gefangenen, die Brandwunden aufwiesen, wurden nicht behandelt. Die Frauen wurden nach Bakirköy gebracht und auf verschiedene Zellblocks verteilt, die ohne Heizung waren. Sie wurden einfach ihrem Schicksal überlassen, wie sie gerade waren, einige

in Unterwäsche, andere in Nachthemden, da sie bei der Operation im Schlaf überrascht worden waren und keine Gelegenheit erhielten, einige Habseligkeiten mitzunehmen. Die Frauen standen völlig unter Schock und waren in einem sehr schlechten psychischen Zustand. Für mich war es ein großes Glück, dass die Frauen hierher gebracht wurden, sonst wäre es mir nicht möglich gewesen, mit ihnen in Kontakt zu treten.

Istanbul im Belagerungszustand

Aus dem Bericht von Marianne Roth, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk, die vom 21.-28.12. in Istanbul weilte.

Der Menschenrechtsverein, IHD, und andere Menschenrechts- und politische Organisationen, hatten seit Beginn der Operationen täglich Demonstrationen organisiert, die auf der Istiklâl Caddesi, einer der Haupt einkaufsstraßen Istanbuls, stattfanden. Die Hälfte des Taksim-Platzes ist bis heute von der Polizei abgeriegelt, um größere Ansammlungen von Menschen zu verhindern und Präsenz zu markieren. Die Demonstrationen verliefen alle nach einem ähnlichen Muster: Ein Großaufgebot von Polizisten drängte die Demonstrierenden in eine der Seitenstraßen, beschoss sie mit Gummigeschossen und spritzte sie mit kaltem Wasser ab. Nachdem ein Kälteinbruch stattgefunden hatte und die Temperatur in den Tagen während und nach den Operationen nur knapp über Null Grad lag, eine harte Prozedur. Die Polizeikräfte waren dabei klar darauf

aus, sich für die beiden getöteten Polizisten zu rächen. Sie skandierten: „Menschenrechtler und Linke raus“, „wir kriegen euch“ und „Rache, Rache, Rache ...“. Dabei gingen sie täglich brutaler auf die Demonstrierenden los und schlugen mit Gummiknüppeln auf sie ein. Zahlreiche AktivistInnen wurden dabei festgenommen. (...) Das Klima in der Türkei ist infolge dieser Operationen merklich repressiver geworden. Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen sowie progressive Parteien und Personen sind schockiert und ratlos ob der Härte, die sämtliche Konventionen verletzt, die der Staat gegen die Gefangenen angewendet hat. Die Gefängnisse sind faktisch im Ausnahmezustand und in den Händen der Armee. Alle Gesprächspartner befürchten weitere Schläge gegen die sogenannte Linke. Immer wieder hat man uns erklärt, das öffentliche Klima sei wie Ende der 70er-Jahre, kurz vor dem Militärputsch. Antidemokratische Kräfte gewinnen immer mehr die Oberhand – bei den Behörden und in der Politik gleichermaßen.

Das Todesfasten dauert an

Trotz des Massakers dauert das Todesfasten nun schon fast 90 Tage an. Inzwischen sollen sich ca. 2000 Gefangene im Todesfasten befinden, d.h. außer Wasser nichts mehr zu sich nehmen. Der Gesundheitszustand der Todesfastenden verschlechtert sich mit jedem Tag, sie leiden an ernsten Problemen mit Kreislauf, Verdauungs- und Nervensystem, unter extremem Gewichtsverlust, Nierenversagen, Gedächtnisverlust und Erblindung.

Anhaltende Repression

Zahlreiche Anwälte sind verhaftet, Demonstrationen sind nach wie vor verboten, Organisationen von Angehörigen und Menschenrechtsvereine wurden geschlossen. Immer wieder kommt es unter den Augen der Polizei zu Übergriffen „grauer Wölfe“. (Ausführliche Berichte im Kurdistan-Rundbrief, im Angehörigen Info oder im Internet: www.libertad.de und www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/ (Zusammenstellung: scc)



MANNHEIM. Das „Aktionsbündnis gegen [Video-] Überwachungsgesellschaft“ ruft zu einer Demonstration „Kameras weg! Für eine überwachungsfreie Gesellschaft!“ am 13. Februar auf. An diesem Tag wird auf Initiative der Mannheimer CDU eine Konferenz der Innenminister der CDU-geführten Länder im Mannheimer Rosengarten stattfinden zum Hauptthema: Ausweitung der polizeilichen Videoüberwachung des öffentlichen Raums. Die Gruppe „FAZ – Für andere Zustände“ befürchtet, dass der Mannheimer Modellversuch Videoüberwachung ausgeweitet wird und hat daher am 9. Januar zu einem Treffen öffentlich eingeladen. Neben FAZ kamen einige Antifas, Vertreter der Grünen und der PDS sowie etliche Einzelpersonen teil, die das o.g. Bündnis gründeten. *kim*



hbv kritisiert Strafanzeige gegen Thüringer Flüchtlingsrat

ERFURT. Die Gewerkschaft hbv unterstützte am 11. Januar die Aktion des Europäischen Bürgerforums gegen den Versuch, den Thüringer Flüchtlingsrat mittels einer Strafanzeige wegen „Verleumdung“ des Landratsamtes Ilm-Kreis mundtot zu machen. Dem Flüchtlingsrat Kissema Kamara, 17-jährig, aus Sierra Leone wurde 1998 über Monate die Operation einer Unterschenkelfraktur verweigert. Erst nachdem dies vom Flüchtlingsrat und über die Medien an die Öffentlichkeit kam, wurde die Operation bewilligt. Nicht aber durch den Ilm-Kreis, sondern durch das Thüringer Innenministerium. Die Auffassung des Flüchtlingsrates, dass das Landratsamt die Operation unzulässigerweise verweigerte und verschob, wurde damit de facto durch das Innenministerium bestätigt. Das Landratsamt stellte allerdings einen Strafantrag gegen den Flüchtlingsrat und den betroffenen Flüchtlingsrat wegen übler Nachrede. Gegenstand des Verfahrens ist die Aussage von Kissema Kamara über eine Anmerkung, die die Mitarbeiterin des Landratsamtes bezüglich seines Anspruchs auf medizinische Behandlung gemacht haben soll. Laut der wiederholten Aussage des Flüchtlingsrates habe die Sachbearbeiterin singgemäß zu ihm gesagt: „dass er ein Schwarzer aus Afrika sei und er in Afrika auch keine solche Behandlung bekommen hätte“. Die Sachbearbeiterin, Frau Dr. Weding, bestreitet diese Aussage. Der Richter äußerte sich dahingehend, dass der Flüchtlingsrat vor Veröffentlichung im „Flüchtlingsratsinfo“ diese Behauptung durch Nachfrage bei der Behörde hätte prüfen müssen. Der Flüchtlingsrat lehnt eine Nachfrage in diesem Falle bei der Behörde ab, da verständlicherweise sowieso nicht mit der offiziellen Bestätigung einer solchen rassistischen Äußerung zu rechnen sei. Vom Ausgang des Verfahrens wird es abhängen, ob der Flüchtlingsrat in Zukunft AsylbewerberInnen zitieren und damit Vorfälle öffentlich machen kann, bei denen es um diskriminierendes bzw. rassistisches Verhalten in Behörden geht. Angesichts der Bedeutung dieses Verfahrens für die Wahrnehmung der

Interessen von Minderheiten, hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft hbv auf Antrag des Thüringer Landesvorstandes dem Flüchtlingsrat Rechtsschutz gewährt. *Angelo Lucifero, hbv Thür.*

Gegen Republikaner, NPD/JN, BDGV und alle anderen Faschisten

HEILBRONN. Zur Demonstration unter diesem Motto kamen am 15. Dezember 400 Menschen nach Heilbronn, darunter waren viele SchülerInnen und junge Leute, autonome Antifas und VertreterInnen türkischer und kurdischer Organisationen (Bild). Im „Unterland“ existieren faschistische Strukturen von überregionaler Bedeutung: Die örtliche NPD/JN ist einer der wenigen bad.-württ. „Stützpunkte der Nationaldemokraten“, Internetpräsentationen von NPD/JN (z.B. der bundesweite „Tag des nationalen Widerstands“ 2000 in Passau) werden vom sogenannten „Amt für neue Medien“ der NPD in HN erstellt und lokale Kader (z.B. Matthias Brodtbeck) sitzen im NPD-Landesvorstand. Nahezu alle Aktivitäten der 1999 gegründeten JN-Abspaltung „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) gehen von HN aus. Sie organisierte in HN bereits mehrere Vortrags- und Schulungsveranstaltungen (u.a. mit Franz Schönhuber) und am 17.6.2000 eine „Sommersonnenwendfeier“ (in Anlehnung an einen „germanisch-deutschen Kult“) zusammen mit dem

„Nationalen Widerstand Stuttgart“. KA

SchülerInnen in Norddeutschland demonstrieren gegen rechte Gewalt

HANNOVER/BRAUNSCHWEIG. Rund 3000 SchülerInnen – auch einige Lehrer und Eltern – haben am 19. Dezember in der Innenstadt von Hannover die Weihnachtseinkäufer mit Sprechchören und Trillerpfeifen kräftig abgelenkt. Auf kleinen handbemalten Pappen und großen Transparenten machten sie ihr Anliegen deutlich „Gegen Ausgrenzung“, „Gegen Rechtsextremismus“, „Gegen Gewalt“. Oder auch „We have a dream“ – eine Anspielung auf die berühmte Rede Martin Luther Kings, in der er vor mehr als 30 Jahren für die Aufhebung der Rassentrennung in den Vereinigten Staaten eingetreten war. Zahlreiche Schulen beteiligten sich an der Aktion. Die Idee war in der IGS Linden entstanden. Der Autor des Buches „Hitlerjunge Salomon“, Sally Perel, hatte dort einen Vortrag gehalten. „Die Schüler wollten etwas tun“, sagte der Vorsitzende des Stadtelternrats. Die Demonstration, zu der der Stadtschülerrat und Stadtelterrat aufgerufen hatten, begann als Sternmarsch. Für kurze Zeit blockierten die Schüler eine Hauptverkehrsstraße.

Am 20. Dezember demonstrierten 5000 SchülerInnen in Braunschweig gegen Ausländerfeindlichkeit. Während Ministerpräsident Gabriel in Hannover als



Demonstration am 16.12. in Heilbronn

Sprecher unerwünscht war, die Schülerinnen und Schüler wollten sich nicht von der Politik vereinnahmen lassen, forderte er die Jugendlichen in Braunschweig auf, Gleichtaltrige durch Gespräche von rechtsextremistischem Gedankengut abzubringen. Viele gerieten nur durch ihre Probleme in der Schule und im Elternhaus in ein rechtes Umfeld. Wer diese Jugendlichen ausgrenze, liefere sie jenen rechtsextremistischen Vordenken aus, „die ihre Glatzen nach innen tragen“. Gabriel appellierte an die Schüler, sich mutig ausländerfeindlichen Tendenzen entgegenzustellen. Es sei Zeit, sich nicht nur mit Lichterketten und Demonstrationen zu wehren und warb für ein Verbot der NPD. Zu der Demonstration hatten Schüler von der Neuen Oberschule in Braunschweig aufgerufen, nachdem zwei Mitschüler im Internet mit Nazi-Parolen gegen Lehrer gehetzt hatten. *bee*

Aktionstag gegen rechts in Greifswald – 7000 beteiligten sich

GREIFSWALD. Der Aktionstag wurde zu einer der größten Veranstaltungen der Region in den letzten zehn Jahren. Greifswald steht auf, Greifswald zeigt Flagge lautete das Motto. Seit Wochen mobilierten Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmer, Schulen, Universität, Vereine, Theater, Künstler und antifaschistische Gruppen gegen die NPD-Demonstration, die die Stadt verboten hatte, damit aber vor dem Oberverwaltungsgericht scheiterte. 6000 beteiligten sich am Demonstrationszug „Aufstehen gegen Menschenverachtung“ und 7000 nahmen an den Festen, Kultur-, Sport- oder Diskussionsveranstaltungen am Nachmittag teil. 650 Polizisten und Bundesgrenzschutzbeamte mussten den kleinen Haufen von 320 NPDern schützen, die trotzdem durch eine Ladung Mist und kleineren Sitzblockaden in ihrem nationalen Marsch unterbrochen wurden. *Ostsee-Ztg., www.partisan.net*

Erstmals unter Rot/Grün sollen im März wieder Castor-Transporte rollen

AHAUS/NECKARWESTHEIM. Die Atommülltransporte durch Deutschland waren im Mai 1998 von der damaligen Umweltministerin Angela Merkel gestoppt worden, weil an mehreren Castoren unzulässig hohe Strahlenwerte festgestellt worden waren. Im Januar 2000 hatte des Bundesamt für Strahlenschutz unter neuen Auflagen zunächst fünf Transporte aus den Kernkraftwerken Biblis, Neckarwestheim und Philippsburg genehmigt. Nach Ahaus sollen aber nur Transporte aus Neckarwestheim und Philippsburg führen; die abgebrannten Brennstäbe aus Biblis werden in Gorleben zwischengelagert. Das Innenministerium von NRW kündigte nun den Transport nach Ahaus für die erste Märzhälfte an. Zwischen dem 26. und 28. März soll außerdem die strahlende Fracht aus dem

französischen La Hague nach Gorleben stattfinden. Die Grünen in NRW kritisieren, dass ein Transport aus Neckarwestheim rollen solle, obwohl die Genehmigung eines beantragten Interimsagers direkt am Kraftwerk unmittelbar bevorsteht (Ende März/Anf. April). In Philippsburg sei zudem noch reichlich Lagerkapazität vorhanden. Die Grünen in Niedersachsen wollen trotz des von ihrer Partei mitgetragenen Atomkonsenses zu Protestaktionen aufrufen. „Wir werden die Castor-Transporte nutzen, um deutlich zu machen, dass uns der Atomkonsens nicht weit genug geht“, erklärte die niedersächsische Landesvors. Heidi Tischmann. 20.000 Polizisten werden den Castor-Transport von Baden-Württemberg nach NRW begleiten. In Niedersachsen werden 15.000 Beamte im Einsatz sein. Für sie sind zum Teil Urlaubsperren verhängt worden. Von den Aktionsbündnissen wird der März als Monat des Anti-AKW-Widerstands vorbereitet: In Neckarwestheim beginnt der Protest am 4. Februar mit einem Sonntagsspaziergang zum AKW, in Ahaus wird dann für den 18. Februar zu einem bundesweiten Großdemonstration aufgerufen. In Gorleben kamen bereits am 13. Januar mehr als 100 Menschen zu einem Ratschlag zusammen. Am 27. Januar werden bei der Aktion „Ein Landkreis putzt sich raus!“ die X-Widerstandssymbole landkreisweit wieder aufpoliert. *www.x1000malquer.de*



Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht-Ehrung am 15. Januar in Berlin

BERLIN. Ob in Berlin-Friedrichsfelde, am Landwehrkanal oder am Denkmal Rosa Luxemburgs in Berlin-Wilmersdorf – die Ehrung für die von der Reaktion vor 82 Jahren ermordeten Arbeiterführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wird immer mehr zu einer gemeinsamen Tradition aller Linken in Berlin und darüber hinaus. Über allem stand am Sonntag die Auffassung, gemeinsam gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit zu

kämpfen und in der Tradition Liebknechts und Luxemburgs für den demokratischen Sozialismus einzustehen.

In Berlin-Friedrichsfelde nahmen nach Angaben der PDS etwa 100.000 Menschen an der Ehrung teil. Mehr als 15.000 davon versammelten sich, aufgerufen von einem breiten Bündnis von Organisationen und Parteien, darunter PDS, DKP, Jusos, Trotzkisten, antifaschistische und linke Organisationen, am Frankfurter Tor und gingen gemeinsam zum Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde, um am Denkmal mit der Aufschrift „Die Toten mahnen!“ ihr Bekenntnis für Frieden, gegen Krieg abzulegen.

Die Luxemburg-Liebknecht-Ehrung lebt! Überzeugend machten die Zehntausende klar, dass weder Provokationen – wie die im vergangenen Jahr – noch Totssagungen das Gedächtnis und den Willen vieler Menschen beeinträchtigen können. Mit sehr unterschiedlichen Motiven kommen sie und widersetzen sich dem Wunsch des offiziellen Berlins, die Straßen der Stadt für die Bundesregierung „rein“ zu halten. „Luxemburg, Liebknecht, Lenin – Niemand ist vergessen – Aufstehen und widersetzen“ – so stand es auf dem Spruchband der Teilnehmer der Demo und alle, die kamen, sahen und akzeptierten diese Lösung. Luxemburg-Liebknecht-Ehrung am 15. Januar, dem Tag der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts durch rechte Freikorps-Offiziere, ist kein Ritual, sondern Ausdruck des Willens, sich dem Zeitgeist des Vergessens und der Verdummung zu widersetzen.

Allerdings beweisen sowohl die SPD und die Grünen, dass sie diesem gemeinsamen Handeln nicht folgen wollen. Der Landesvorsitzende der SPD in Berlin, Peter Strieder, legte am Nachmittag einen Kranz an der Gedenktafel im Tiergarten nieder. Die Grünen wollen die Ehrung mit einem Gebinde am Ort der Ermordung, am Landwehrkanal wahrnehmen. Die Basis der Parteien denkt anders. Sie gliedern sich ein in die große Masse der Demonstranten, die Rosa und Karl in Friedrichsfelde ehren. SPD-Linke des Warenkreises (Mecklenburg-Vorpommern) waren es, die kamen, weil „Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegen den Krieg waren“. Selbst Teilnehmer aus Österreich und Tschechien nehmen in wachsender Zahl teil und sagen „Wir kommen wieder!“ Es ist beeindruckend, so junge Teilnehmer aus Baden-Württemberg, was wir in Berlin sahen. Sie gehörten der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes an.

Am Rande der diesjährigen Veranstaltung waren 800 Polizisten eingesetzt. Es kam nach Verlautbarungen der Polizei zu keinen nennenswerten Zwischenfällen. Außer dem, dass eine Teilnehmerin der Demo einem Polizisten die Hand drückte – und ihm dankte. Von den Organisatoren eingesetzte Ordner hatten dafür gesorgt, dass es zu keinen wesentlichen Ausschreitungen kam. *abe*



Trauermarsch gegen tödliche Asylpraxis

Den Aufruf des Internationalen Menschenrechtsvereins zu einem Trauermarsch am 23.12.2000 in Hannover unterstützten ca. 300 Menschen. Anlaß für den Trauermarsch war der Tod des 17-jährigen tamilischen Flüchtlings Arumugasamy Subramaniam, der sich aus Angst vor der Abschiebung an seinen Schnürsenkeln erhängt hat. Die Beteiligten am Trauermarsch protestierten lautstark gegen die Asylpraxis der Bundesregierung und die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Osnabrück, die den 17-jährigen in den Tod getrieben haben.

Das aus diesem Anlass verteilte Flugblatt wurde von vielen Leuten angenommen. In dem Flugblatt wurde über den Tod des jungen tamilischen Flüchtlings berichtet. Aus dem Flugblatt: „Wir sind erschüttert über seinen Tod und empört über das unmenschliche Vorgehen der verantwortlichen Ausländerbehörde in Osnabrück, die trotz offenstehender Alternativen darauf beharrte, die Abschiebung durchzuführen.“ Die offenstehende Alternative war ein eingeleitetes Adoptionsverfahren. In dem Flugblatt heißt es weiter: „Der Selbstmord ... ist eine furchtbare Anklage an die praktizierte Asylpolitik in Deutschland. Es handelt sich hierbei nicht um ein tragisches Einzelschicksal eines labilen Menschen, der

mit seinem Leben nicht zurecht kam. Arumugasamy Subramaniam mußte 1996 seine Familie und Freunde verlassen und aus Sri Lanka fliehen. Er kam nach Deutschland, um sein Leben zu schützen. Doch die Gleichgültigkeit und Ignoranz der Ausländerbehörde und des Verwaltungsgerichts in Osnabrück nahmen ihm den Lebenswillen, so dass er letztlich den Selbstmord der qualvollen Gewissheit über Erniedrigung, Folter und drohender Ermordung in Sri Lanka vorzog. Er sah keinen anderen Ausweg, als sich das Leben zu nehmen, um der politischen Verfolgung zu entgehen, die ihm von den Entscheidungsinstanzen im Asylverfahren nicht geglaubt wurde. Um 10 Uhr morgens hatten die Justizbeamten der Justizvollzugsanstalt den jungen Tamilen tot aufgefunden. Man sollte annehmen, dass nach einem solchen Vorfall umgehend Konsequenzen aus der offensichtlichen Fehleinschätzung der Asylinstanzen gezogen würden. In jedem europäischen Land wäre dies der Fall gewesen. Aus Niedersachsen jedoch wurde, schon eine Stunde später, um 11 Uhr 15, der 26-jährige Tamile Shankar, der zuvor in derselben Abschiebehaftanstalt in Langenhagen festgehalten wurde, nach Sri Lanka abgeschoben.

Bereits vor einem Jahr hat sich ein 39-

jähriger Tamile in der Abschiebehaft in Moers erhängt, nachdem sein verzweifelter Hungerstreik und seine Warnung, sich eher das Leben zu nehmen, als in die Hände seiner Peiniger ausgeliefert zu werden, ignoriert worden war. Dieser Selbstmord hätte schon damals einen Abschiebestopp nach Sri Lanka zur Folge haben müssen. Statt dessen ist die ungerechte Asylrechtsprechung gegenüber tamilischen Asylsuchenden noch weiter verschärft worden, obwohl die politischen Entwicklungen in Sri Lanka zunehmend unberechenbarer werden und die gewalttätigen Ausschreitungen gegen die tamilische Bevölkerung derart eskaliert, dass europäische Nachbarstaaten, wie Großbritannien seit Monaten einen Abschiebestopp nach Sri Lanka verfügt haben. Bundesweit sind über 6000 tamilische Flüchtlinge von der Abschiebepolitik bedroht. Aus dem mutigen Protest – Hungerstreik in Moers gegen weitere Abschiebungen – hat sich eine bundesweite Kampagne für einen Abschiebestopp entwickelt, die vor allem in den letzten Monaten die Landesregierungen in NRW und Niedersachsen konfrontierte. Während sich daraufhin der Petitionsausschuss des Landtages in NRW, angesichts der eskalierenden Menschenrechtsverletzungen an der tamilischen Bevölkerung in Sri Lanka für einen sofortigen, zumindest drei Monate andauernden Abschiebestopp aussprach, erwägt das nordrhein-westfälische Innenministerium nicht eine Sekunde seine kathschnäuzige Position zu verändern. Ein Vertreter des Innenministeriums hatte bei Verhandlungen im Oktober deutlich erklärt, dass ein Abschiebestopp außer



Solidaritätsaktionen mit den Hungerstreikenden in den türkischen Gefängnissen

Nachdem das brutale Vorgehen der türkischen Behörden durchsickerte, kam es in an vielen Orten in der BRD zu Solidaritätskundgebungen. Zur Stunde dauert die Repressionswelle noch an (s.a. S. 9). Die Rot-Grüne Regierung, die es in der Hand hätte, den türkischen Staat zur Beendigung der Massaker zu bewegen, bleibt ungerührt.

HAMBURG: Di, 19.12: Spontankundgebung v. d. türk. Generalkonsulat. Mi, 20. 12.: Besuch im GAL-Büro. Fr, 22.12. Mitglieder der GAL legen vor dem Generalkonsulat einen Kranz nieder. Sa, 23.12. Zu einer vom kurd. Volkshaus gemeldeten Demonstration kommen über 1000 So, 24. 12. Weitere Demonstration.



KÖLN. Am 23.12. demonstrieren mehrere tausend Menschen. Eine Delegation Kölner Gewerkschafter, Journalisten und Künstler sowie die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer übergeben dem türkischen Generalkonsul eine Protestresolution.



Frage stünde, da es viel zu viele (in NRW ca. 3000) ausreisepflichtige tamilische Flüchtlinge gebe. Dieselben Stimmen, die öffentlich und medienwirksam zur Zivilcourage gegen Fremdenfeindlichkeit, Unmenschlichkeit und Intoleranz aufrufen, haben eine Politik zu verantworten, die tatsächlich die kühnsten Wünsche der Neonazis übertrifft. Auch das Innenministerium in Niedersachsen ist seit Monaten über die besorgnisregende Menschenrechtslage in Sri Lanka informiert und hat dennoch bisher keine erkennbaren Konsequenzen gezogen.“ In dem Flugblatt wird zur Unterstützung der tamilischen Flüchtlinge aufgerufen, die in Niedersachsen einsitzen und von Abschiebung bedroht sind. In Protestschreiben an das Niedersächsische Innenministerium soll dieses aufgefordert werden: – Angesichts eklatanter Menschenrechtsverletzungen umgehend einen Abschiebestopp nach Sri Lanka zu verhängen, – die tamilischen Geschwister Mary Angela und Ravi Vincent Mathews aus der Abschiebehaft zu entlassen, – die Abschiebemaßnahmen gegen die Geschwister Mathews und die Tamilin Nidarshini zu beenden, – und die verantwortlichen Sachbearbeiter in der Ausländerbehörde Osnabrück für ihr unmenschliches Verhalten gegen Arumugasamy Subramaniam zur Rechenschaft zu ziehen. (bee)

PROTESTSCHREIBEN sollen an: Niedersächsisches Innenministerium, Innenminister Heiner Bartling, Postfach 221, 30002 Hannover, Fax: 0511-1206550 gerichtet werden. Kopien der Protestschreiben sollen dem Int. Menschenrechtsverein Bremen e.V., Wachmannstr. 81, 28209 Bremen zugeleitet werden.



Schweinfurt.
Am 27. 12. besuchten kurdische Flüchtlinge die Grünen und übergaben dem Kreisvorstand Hugo Hofmann eine Resolution zur Unterstützung der politischen Gefangenen



Wohnungssituation: MÜNCHEN. Die Grünen haben im Stadtrat Anträge zur Wohnungspolitik gestellt. Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt führe zur Anwerbung neuer Arbeitskräfte und habe „die Lage auf dem Wohnungsmarkt bis zum Zerreissen angespannt.“ Besonders Einkommensschwächeren drohe eine neue Wohnungsnot. Dazu fordern die Grünen unter anderem: Werkswohnungsbau muss neu definiert und angestoßen werden. Die Stadt muss eine Neubautätigkeit von ca. 1200 kostengünstigen Wohnungen pro Jahr anstreben, um die aus der Bindung fallenden Sozialwohnungen zu ersetzen. Auch für Familien mit Kindern muss die Stadt bewohnbar bleiben. U.a. durch Förderung von Genossenschaftsmodellen und verstärkte Förderungsanstrengungen der Stadt sind auch für einkommensschwache Haushalte dauerhaft bezahlbare Mieten anzustreben.

GWH-Anteile verkauft: FRANKFURT A.M. Ungeachtet der Proteste von Mietervereinen, DGB und SPD hat die Landesregierung 70 % der bisher vom Land gehaltenen Geschäftsanteile am Wohnungsunternehmen GWH (früher Neue Heimat) an die Landesbank Hessen-Thüringen verkauft. In Frankfurt sind rund 10.000 Wohnungen betroffen. Der Kaufvertrag sieht u.a. vor, dass die Möglichkeiten, die Mieten zu erhöhen, vollständig ausgeschöpft und die Wohnungen auch an Dritte verkauft werden können. Außerdem gibt es fast keine Vorgaben für die Verwendung der immensen Rücklagen.

Eisenbahnerwohnungen: KÖLN. Die Bundesregierung hat entschieden, 114.000 Eisenbahnerwohnungen zu privatisieren, davon 5.078 in Köln. Dabei hat sich die Bundesregierung auch über das der Gewerkschaft Transnet gegebenen Versprechen hinweggesetzt, die Wohnungen nur an gemeinnützige Wohnungsgesellschaften zu veräußern, da dies nicht „zu den Einnahmen, die das Bundesfernvermögen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen benötigt“ führe.

Für über 5.000 Haushalte in Köln führt der Verkauf an die Tochter eines japanischen Finanzkonzerns zu Mietsteigerungen und Unsicherheiten, da in den kommenden 10 Jahren 20% des Wohnungsbestandes verkauft werden sollen. Die PDS will dies Thema verstärkt zum Thema kommunaler Auseinandersetzung machen, zumal auch die CDU/FDP Ratsmehrheit Wohnungen aus der stadteigenen GWG verkaufen will.

Grundsicherung: BERLIN/KÖLN. Als Schritt in die richtige Richtung beurteilt der Deutsche Städttetag die neuen Pläne der Regierungskoalition für eine eigenständige Grundsicherung für ältere

Menschen und Erwerbsunfähige. Der kommunale Spitzenverband fordert jedoch eine klare Finanzierungsregelung, die den Kommunen keine zusätzlichen Kosten aufbürdet. „Der hartnäckige Widerstand der Kommunen gegen einen Ausbau der Sozialhilfe zur Grundsicherung für Rentner hat offenbar Wirkung gezeigt. Der Sinneswandel, ein eigenes Leistungsgesetz vorzusehen, ist grundsätzlich positiv“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städttetages, Dr. Stephan Articus: „Wenn der Bund eine neue Sozialleistung einführt und die Kommunen für zuständig erklärt, muss er ihnen aber die Mehrkosten für die Leistung und die Organisation der Auszahlung voll erstatten.“ Articus kritisierte die im Gesetzentwurf zur Rentenreform vorgesehene Regelung, wonach die Kosten für die Grundsicherung den Ländern erstattet werden sollen. Die Städte forderten dringend, ihnen unmittelbar ihre Kosten für die Ausführung des neuen Bundesgesetzes voll auszugleichen, so wie das beispielsweise beim Wohngeld und beim Erziehungsgeld bereits der Fall sei. Im übrigen sei fraglich, ob die vom Bund genannte Summe von 600 Millionen Mark die Mehrkosten wirklich abdecken könne.

Pflegenotstand: KÖLN. Der Städttetag Nordrhein-Westfalen warnt vor einem Pflegenotstand in Alten- und Pflegeheimen. Hintergrund der Befürchtungen ist das Zweite Modernisierungsgesetz, das zum 1. Januar in Kraft getreten ist und Kreise und kreisfreie Städte erstmals unmittelbar über das Pflegewohngeld an der Finanzierung der Investitionskosten von Alten- und Pflegeheimen beteiligt. Gleichzeitig hat sich das Land Nordrhein-Westfalen aus der Finanzierung von Neubau und Modernisierung solcher Einrichtungen zurückgezogen. Die Landschaftsverbände bezeichnen den Investitionsbedarf in der stationären Pflege auf mehr als sieben Milliarden Mark. „Diesen Investitionsstau können die Kommunen unmöglich allein bewältigen“, sagte der Geschäftsführer des Städttetages NRW, Dr. Stephan Articus, am 5. Januar 2001 in Köln: „Wenn sich das Land aus der Investitionsförderung für Alten- und Pflegeheime verabschiedet, ist mittel- und langfristig ein Pflegenotstand nicht auszuschließen. Eine solche Entwicklung muss im Interesse der Pflegebedürftigen verhindert werden.“ Es sei wenig sinnvoll, wenn einerseits in Bundesgesetzen die Heimaufsicht gestärkt und Qualitätssicherungsmaßnahmen verordnet würden, aber andererseits auf Landesebene die Sicherstellung der notwendigen Pflege-Infrastruktur nicht mehr gewährleistet sei.

Zusammenstellung: ulj

Verwandlung von Lohn und arbeitsfreier Zeit in Risikokapital

Die Deutsche Bank, die seit Jahren die Tarifmusik bei den Banken dirigiert, hat für 2001 ein neues Stück in Vorbereitung: Im Manteltarifvertrag soll es eine Öffnungs-klausel geben, um von den 30 Tagen Tarifurlaub 10 Tage auf ein Langzeitkonto zu leiten. Gleichermaßen soll nicht nur für Prämien und Boni, sondern auch für das 13. Gehalt und einen Teil des monatlichen Gehalts ermöglicht werden. Das Langzeitkonto soll ansonsten wie die bisherigen Gleitzeitkonten aus Arbeitszeit über der tariflichen Wochenarbeitszeit (39 Stunden im Bankgewerbe) und Mehrarbeit gespeist werden.

Zunächst sollen die Beschäftigten also massiv über die tariflich vereinbarte Arbeitszeit hinaus arbeiten und ihren Lohn kürzen, um dann irgendwann Freizeit zu nehmen: Zusatzurlaub, Bildungsmaßnahme, Familienphase, Altersteilzeit, Teilzeitarbeit... Aber: Ein Anspruch auf einen bestimmten Freistellungstermin soll nicht gewährt werden.

Der besondere Dreh bei der Deutschen Bank: Alle erarbeiteten Stunden werden zum jeweils aktuellen Stundensatz in Geld umgerechnet und davon Fondsanteile bei der Deutsche Bank-Tochter DWS zu Gunsten der Beschäftigten erworben. Diese können unter 4 verschiedenen Anlagemöglichkeiten mit einer Verzinsung von 2% bis 8% wählen. Wenn man zu einem späteren Zeitpunkt den Freizeitausgleich nehmen will, wird der Anlagebetrag zum dann geltenden Stundensatz wieder in Stunden zurückgerechnet.

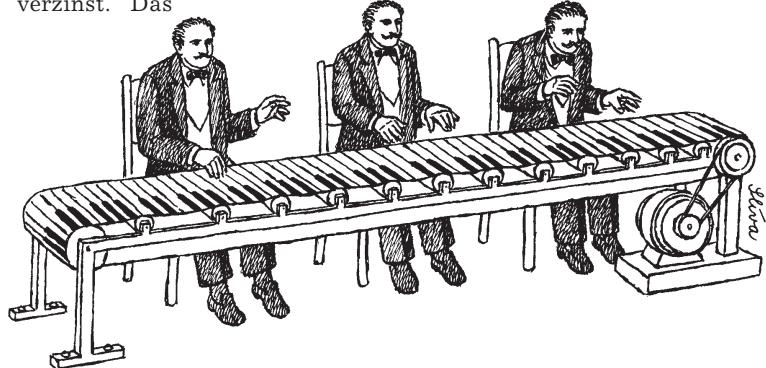
Für die Deutsche Bank hat dies mehrere Vorteile: Einerseits wird Mehrarbeit attraktiver für die Beschäftigten, weil die

bisher oft unbezahlte geleistete Mehrarbeit (Verfall von Gleitzeit) kaum mehr vorkommen wird. Andererseits muss die Bank für diese Freizeitansprüche keine Rückstellungen in ihrer Bilanz bilden, wodurch ihr Shareholder Value ansteigt. Falls die Umwandlungsmöglichkeiten für das 13. Gehalt, den Tarifurlaub und Teile des Monatsgehaltes genutzt werden, sinkt der Druck in den Tarifverhandlungen – Bankangestellte haben offenbar ein hohes Sparpotential, warum soll man überhaupt ein 13. Gehalt zahlen? Weiterhin will die Deutsche Bank unter der Marke „DB-Zeitinvest“ diese Fonds gleich noch anderen Banken für deren Langzeitkonten anbieten, ein schönes Zusatzgeschäft.

Das Risiko dabei haben die Beschäftigten: Zum einen gibt es keine „Geldzurück-Garantie“, je höher die Verzinsung, desto höher das Verlustrisiko. Und im Unterschied zu anderen Zeitsparmodellen, wo je angesparte Stunde später wieder genau eine Stunde Freizeit genommen wird, hat die Umrechnung in Geld noch einen interessanten Nebeneffekt: Steigt das individuelle Gehalt im Zeitraum zwischen Einstellung und Entnahme aus dem Langzeitkonto stärker als die gewählte Verzinsung, so hat man im Endeffekt weniger Freizeit als ursprünglich erarbeitet. Beispiel: 100 Stunden wurden zum Stundensatz von 30 DM auf einen DB-Zeitinvestfonds eingezahlt und mit 4% verzinst. Das

Gehalt steigt aber um 10% pro Jahr. Nach fünf Jahren beträgt das Wertguthaben 3.650 DM, das Stundenentgelt DM 48,32 und der Freistellungsanspruch daher nur noch 75,5 Stunden. Dabei ist zu beachten, dass der individuelle Karriereverlauf durchaus über die in den letzten Jahren üblichen 2-3% jährliche Tariflohnsteigerungen hinausgehen kann, z.B. durch Höhergruppierungen aufgrund steigender Arbeitsplatzanforderungen und Höherqualifizierung. So ist eine Entwicklung z.B. von der Tarifgruppe 5, der Regleinstiegsgruppe für ausgebildete Bankkaufleute bis in die Tarifgruppe 7 oder 8 durchaus keine Seltenheit. Auch Informatiker, die nach der Hochschule mit TG 7 eingestellt werden, können in einigen Jahren in den AT-Bereich aufsteigen. Wenn man seine Langzeitkonten in diesem Zeitraum nicht abwerten will, muß man also ins Risiko gehen.

Die Deutsche Bank behauptet, ihr Modell sei ein Kampfmittel im „war for talents“ (Heinz Fischer, Bereichsvorstand Personal). „Top-Talente aus den Hochschulen“ könne man nur für das Unternehmen gewinnen, wenn sie einen größeren Freiraum zur Selbstgestaltung des Arbeitslebens bekämen. Bisherige Erfahrungen mit Langzeitkonten zeigen aber, dass das berühmte Sabbatjahr und andere Mittel individueller Zeitsouveränität wenig genutzt werden. Ge-



Trotz dieser Niederlage vor Gericht verpflichtete das Kultusministerium weiterhin Lehrkräfte, eine Wochenstunde mehr zu unterrichten. Widersprüche dagegen wurden nicht entschieden; stattdessen ein Sofortvollzug angeordnet. Das heißt: Lehrkräfte mussten und müssen weiterhin ohne ausreichende Rechtsgrundlage eine Wochenstunde mehr unterrichten.

Dagegen klagte mit Unterstützung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern eine Kollegin, vertreten durch Rechtsanwalt Kitl, vor dem Verwaltungsgericht Augsburg. Das Gericht gab der Klägerin in vollem Umfang Recht. Der Kern des Urteils: „Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs (...) wird wiederhergestellt. Die Heranziehung der Antragstellerin zu einem verpflichtenden Arbeitszeitkonto ist rechtswidrig“. Der Vorsitzender der bayrischen GEW, Schorsch Wiesmaier, dazu: „Das Urteil des Verwaltungsgerichts

ist eine weitere Lektion für das Kultusministerium in Sachen rechtsstaatlichen Verhaltens“.

Im Einzelnen urteilte das Gericht: „Zwar ist das öffentliche Interesse des Antragsgegners an einer gesicherten und unverminderten Unterrichtsversorgung hoch anzusehen; doch ist dem das Interesse der Antragstellerin, nicht ohne Rechtsgrundlage zu einer Unterrichtsverpflichtung, die über dem gesetzlichen Rahmen der Arbeitszeitordnung nach Artikel 80, Absatz 1, Bayerisches Beamtengegesetz, hinausgeht, herangezogen zu werden, gegenüberzustellen“. Und weiter: „Da vor allem nach den bisherigen gesetzlichen Vorgaben Mehrarbeit grundsätzlich jeweils in unmittelbarem Anschluss und in engem zeitlichen Zusammenhang mit der betreffenden Leistung auszugleichen war, besteht ein erhebliches Interesse daran, nur durch eine wirksame normative Regelung zu ei-

Bayerisches Kultusministerium unterliegt erneut vor Gericht

Arbeitszeitkonto: Klage einer GEW-Kollegin erfolgreich

pe.gew.19.12 – Im September 2000 stellte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof fest, dass das verpflichtende Arbeitszeitkonto für Lehrkräfte an Grundschulen vom Kultusministerium ohne ausreichende Rechtsgrundlage eingeführt wurde. Verpflichtendes Arbeitszeitkonto bedeutet: Lehrkräfte erteilen während einer fünfjährigen „Ansparphase“ eine Wochenstunde mehr Unterricht, anschließend folgt eine dreijährige „Wartezeit“ mit der bisherigen Unterrichtszeit und danach eine fünfjährige „Ausgleichsphase“ mit einer um eine Wochenstunde reduzierten Unterrichtszeit.

rade die Beschäftigten, die auf dem Karrieretrip sind, sehen in der Regel eher die Gefahr, dass zu lange Freizeiten zu einem Karriereknick führen. Die Frauen, die nach dem Erziehungsurlaub als Teilzeitbeschäftigte in die Banken zurückkehren, können davon ein Lied singen.

Ohne einen dramatischen Kulturwechsel in Sachen Freizeitnahme ist zu befürchten, dass das Deutsche Bank-Langzeitkonto genauso endet wie andere Konten: Bei Kündigung wird bar ausgezahlt, denn welcher neue Arbeitgeber will schon Freizeitansprüche übernehmen. Der Beschäftigte zahlt bei Auszahlung im nachhinein höhere Steuern als zum Ansparezitpunkt und die Deutsche Bank spart Sozialversicherungsbeiträge, weil die Beiträge nur bis zur Höchstgrenze im Jahr der Auszahlung berechnet werden. Und falls die Rationalisierungswelle die Langzeitkonteninhaber erreicht, können diese ihre Kurzarbeit selbst bezahlen. Die ständige Auseinandersetzung, welche Art beruflicher Fortbildungszeit vom Arbeitgeber zu verfügen ist und welche als Privatsache der Beschäftigten angesehen wird, kann dann auch zu Lasten der Beschäftigten entschieden werden.

Im HBV-Fachgruppenvorstand Banken Frankfurt wurde diskutiert, dass angesichts der trotz aller Nachteile unbestrittenen Attraktivität von Langzeitkonten (endlich wird fast die gesamte Arbeitszeit vergütet) Widerstand schwierig ist. Man will aber in die tarifpolitische Debatte den Vorschlag einbringen, die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit der Bankangestellten (immer noch 39 Stunden) endlich an die der Industriearbeitenden anzulegen und die Langzeitkonten bei Beibehaltung der gegenwärtigen betrieblichen Arbeitszeiten aus dieser Differenz zu speisen. Umwandlung von Gehaltsbestandteilen oder von Urlaub wird abgelehnt.

(gst)

.....

nem Arbeitszeitkonto, das sich über einen Zeitraum von 13 Jahren erstreckt, heranzogen zu werden. Nach alle dem fällt die Abwägung zu Gunsten der Antragstellerin aus.“

Die GEW fordert das Kultusministerium auf, zur Unterrichtsversorgung in der Grundschule arbeitslose junge Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, statt die beschäftigten Lehrkräfte an Grundschulen, die mit 28 Wochenstunden bereits das höchste Deputat aller Schularbeiten haben, rechtswidrig zu Mehrarbeit heranzuziehen. In Bayern sind derzeit über 1.300 Grundschullehrerinnen und -lehrer ohne Anstellung.

Das bayerische Kultusministerium kann gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Augsburg Beschwerde einlegen, wenn diese vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zugelassen wird.
Im Auftrag des Landesvorstands:
Wolfram Bundesmann, Geschäftsführer

Bündnis für Arbeit nicht in Gefahr. – HB, Montag, 18.12.2000. – BDA-Präsident D. Hundt forderte, die geplante Ausweitung der Betriebsratsmitbestimmung gehöre auf den Verhandlungstisch des Bündnis für Arbeit.

BDA fordert neue Anreize für Beschäftigung Älterer. – HB, Dienstag, 19.12.2000. – Rigitte Schutzbüroschriften und Zwänge hemmen nach Ansicht der BDA die Einstellung älterer Arbeitnehmer und fördern ihre Frühverrentung. Stärkere Beschäftigung Älterer sei aber mittel- und langfristig unerlässlich, um das Wachstum zu stärken, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme aufrecht zu erhalten und die strukturelle Arbeitslosigkeit wirksam abzubauen.

Wesentliche Ursache sei der Arbeitskräftemangel, der sich in zehn bis 15 Jahren dadurch abzeichnet, dass die Geburtenrate in Deutschland gesunken ist, die Lebenserwartung aber steigt. Vorruhestandsregelungen seien also nicht mehr zu fördern, jedoch tarifpolitische und betriebliche Flexibilität. Bisherige Schutzmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer hätten sich positiv auf Frühverrentungsmaßnahmen ausgewirkt. Sie erschweren Weiterbeschäftigung bzw. Wiedereinstellung Älterer statt sie zu fördern. Hemmende seien Verdienstkomponenten, die an die Dauer des Arbeitsverhältnisses unabhängig von der Leistung geknüpft sind. Beim Kündigungsschutzrecht sei eine Öffnung für arbeitsvertragliche Abfindungsregelungen, Beschränkung der Sozialauswahl, Vereinfachung der Betriebsratsanhörung und Erleichterungen für kleine Betriebe nötig.

DIHT kritisiert Strafen für beschäftigung illegaler LKW-Fahrer. – HB, Mittwoch, 20.12.2000. – BDI und DIHT kritisieren, dass der Auftraggeber eines Transportes künftig sicherstellen muss, dass der Transporteur die arbeitsrechtlichen Vorschriften einhält und niemand beauftragt, der illegal beschäftigte Fahrer einsetzt. Die Prüfung von Arbeitsbescheinigungen aus allen EU-Staaten könne nicht Aufgabe der Industrie sein.

BDA übt Kritik gegen Tariftreuebindung. – HB, Freitag/Samstag, 22./23.12.2000. – Öffentliche Bauaufträge sollen laut Bundesrats-Gesetzentwurf nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Mitarbeitern Tariflöhne zahlen.

S. Küpper, Tarifexperte der BDA, nannte dies einen Verstoß gegen das Grundgesetz. Die Tariftreue als Voraussetzung für den Erhalt öffentlicher Aufträge verletze die garantierte Koalitionsfreiheit.

BDI lobt Öffnung der Tarifverträge. – HB, Freitag / Samstag, 5./6.1.2001. –

BDI-Präsident M. Rogowski lobte den Vorstoß von Wirtschaftsminister Müller, zur Öffnung von Tarifverträgen. Müller war dafür eingetreten, Abweichungen von Tarifverträgen zuzulassen, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie die Tarifparteien dem zustimmen. Dazu solle das neue Günstigkeitsprinzip neu ausgelegt werden. Bisher gilt Lohnzurückhaltung zu Gunsten eines Arbeitsplatzerhalts nicht als „günstig“ für den Arbeitnehmer. Er betonte, eine Erweiterung tarifpolitischer Freiräume auf Betriebsebene sei ein wichtiger Schritt hin zu mehr unternehmerischer und arbeitnehmerbezogener Freiheit.

BDA lobt Vorstoß zur Befristung staatlicher Sozialleistungen. – HB, Donnerstag, 4.1.2001. – CDU-Generalsekretär L. Meyer hatte sich dafür ausgesprochen, den Empfang von Sozialhilfe auf zehn Jahre zu begrenzen, um den Anreiz zur Aufnahme einer Arbeit zu verstärken. Er kritisierte, dass eine fünf- bis sechsköpfige Familie, die ganz von staatlichen Transferleistungen abhängig sei, einschließlich Wohngeld bis zu 4000 DM im Monat erhalte. Der Arbeitsmarktexperte der BDA C. Kannengießer begrüßte diesen Vorschlag.

BDA begrüßt geplante Sanktionen gegen Ablehnung angebotener Stellen. – HB, Dienstag, 9.1.2001. – DAG-Vorsitzender R. Issen will im Bündnis für Arbeit mit Arbeitgebern und Kanzler beraten, „wie wir Arbeitslose verstärkt dazu bewegen können, einen Job anzunehmen“. Laut Issen sollen die Arbeitgeber den Arbeitsämtern mitteilen, wenn Arbeitslose bei einem vom Arbeitsamt veranlassten Vorstellungstermin Desinteresse an der freien Stelle zu erkennen geben. C. Kannengießer, BDA: „Herr Issen hat einen berechtigten Punkt angesprochen“.

Arbeitgeber fordern Kürzung des Krankengeldes. – HB, Donnerstag, 11.1.2001. – Die Arbeitgeber haben gefordert, das von den Krankenkassen gezahlte Krankengeld von bisher 90% auf 60 bis 70% des Nettoeinkommens zu kürzen. Dies würde die Krankenkassen um bis zu drei Mrd. DM im Jahr entlasten, erklärte die BDA. Der durchschnittliche Kassenbeitrag könne damit um ca. 0,2 Prozentpunkte auf 13,4% sinken. BDA-Geschäftsführer J. Husmann verwies darauf, dass auch Rente und Arbeitslosengeld nur etwa 60 bis 70 % oder weniger des Nettoeinkommens betragen.

Presseauswertung: rst

Die PDS will jetzt eine Internationale Konferenz zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus am 11 bis 13. Mai in Berlin durchführen. Ein genauer Plan liegt noch nicht vor.

Neuer Wahlkampfleiter für die Bundestagswahlen wird Dietmar Bartsch sein. Diether Dehm fand keine Mehrheit im Vorstand. Als politischer Zeitplan wurde folgende Einschätzung verabschiedet:

„Innerhalb des Wahlzyklus kommt der kommunalen Ebene für die PDS eine große Bedeutung zu, denn diese Wahlen und ihre Ergebnisse setzen wichtige Ausgangspunkte für das Bundestagswahljahr. Die Kommunalwahlen in Hessen, Niedersachsen und Bayern, die Wahlen der BürgermeisterInnen und LandräteInnen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg sind von ihrem Charakter deshalb dezentrale Wahlen mit zentraler Bedeutung für die PDS. Der Einzug in hessische, niedersächsische und bayerische Kommunalparlamente ist eine wichtige Möglichkeit, die PDS mit ihrer kommunalpolitischen Kompetenz im Alltag der Menschen in den westdeutschen Bundesländern zu verankern und so weiter an Akzeptanz zu gewinnen. Mit einem guten Ergebnis bei den Bürgermeister- und Landratswahlen – Verteidigung der Bürgermeisterämter, zweistelliger Gewinn weiterer Bürgermeisterämter, die erste/der erste Landrätin/Landrat der PDS – wird der Anspruch der PDS untermauert, im Osten Deutschlands um den zweiten Platz im Parteiensystem zu kämpfen.“

Besondere Bedeutung für die Bundestagswahl hat die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Frühjahr des Jahres 2002. Das erfolgreiche Abschneiden dort ist eine wichtige Voraussetzung für ein gutes Wahlergebnis im Herbst auf Bundesebene. Der Zeitpunkt der Wahl, die besondere landespolitische Konstellation haben die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ebenso hervor wie die Tatsache, dass in Sachsen-Anhalt mit der Verhinderung des Wiedereinzugs der DVU, die 1996 fast 13 Prozent der Stimmen erhalten hatte, ein deutliches Signal gegen den Rechtsextremismus gesetzt werden muss. Die PDS muss ihren Wahlkampf auf die Bundestagswahlen konzentrieren und zugleich die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt als Sache der gesamten Partei begreifen.

Ähnliches gilt für die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, die gemeinsam mit der Bundestagswahl 2002 stattfinden werden. Diese Konstellation stellt besondere Anforderungen an den Wahlkampf der PDS, die auf Bundesebene den Wahlkampf dem in Cottbus beschlossenen Leitantrag entsprechend als linke Opposition zur



Ein gesellschaftliches Ereignis für die PDS: R-L-Gedenkveranstaltung 2001.

Bundesregierung führen wird, in Mecklenburg-Vorpommern aber als Regierungspartei darum ringt, diese Verantwortung weiter wahrnehmen zu können. Damit im Nordosten beides erfolgreich bewältigt werden kann, braucht die PDS Mecklenburg-Vorpommern die Unterstützung der gesamten PDS.“

Unter der Überschrift „Freiheit und Gerechtigkeit“ verabschiedete die PDS-Bundestagsfraktion am 11./12. Januar auf einer Klausurtagung folgende Schwerpunkte und Vorhaben für die Bundestagswahl 2002.

Das Papier setzt auch einen Schwerpunkt im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Das ist nicht ganz unwichtig für die Diskussion um das Wahlprogramm.

Chefsache Ost: Kein Aufschwung ohne Arbeit

► Es stimmt: Die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland steht auf der Kippe, aber: Der Osten kann nicht auf Dauer auf der Kippe leben, der Osten braucht Perspektiven, er darf nicht abstürzen.

► Die PDS plant Initiativen gegen das weitere Ausbluten des Ostens, vor allem gegen die anhaltende Abwanderung der Jugend. Zusammen mit gesellschaftlichen Verbänden, Unternehmen und Jugendlichen wollen wir verdeutlichen: Entweder das ganze Land profitiert vom innovativen Aufschwung im Osten oder: Auch der Westen laboriert am Niedergang des Ostens. Der Osten braucht neue, existenzsichernde Arbeitsplätze. Insbesondere junge Leute sollen das Gefühl gewinnen: Im Osten liegt Zukunft.

► Die Lebensverhältnisse in Ost und West müssen schneller und verlässlicher als bisher angeglichen, weiter bestehende Ungerechtigkeiten für „Ossis“ überwunden werden: von A wie Anerkennung der Berufsabschlüsse, über L wie Lohn-Gleichstellung bis Z wie Zusammenwachsen.

► Föderalismus ist mehr als West-Ost-Transfer: Die PDS will Gerechtigkeit zwischen reichen und armen Bundesländern, eine Solidar- statt Ellenbogengesellschaft.

► Die PDS tritt ein für eine alternative Bahnreform, um die Deutsche Bahn von der schiefen Bahn zu holen und die Weichen für einen nutzerfreundlichen öffentlichen Nah- und Fernverkehr neu zu stellen.

► Gewerkschaften und PDS haben viele Berührungspunkte und ähnliche Ziele. Sie sind kein Traumpaar, sondern etwas für die Wirklichkeit.

Für eine tolerante Gesellschaft – gemeinsam gegen Rassismus und Rechtsextremismus

► Wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufbruch gegen Rechts, und keine Alibi-Aktionen anstelle dieses Aufbruchs.

► Gegen Nazis in den Köpfen hilft am meisten Bildung.

► Deutschland ist Einwanderungsland. Es muss sein Asylrecht verbessern.

► Die PDS tritt ein für eine Änderung des Grundgesetzes: In die deutsche Verfassung gehört eine Antifaschismus-Gebot.

Deutschland muss sich aus der Kriegslogik verabschieden und – endlich – abrücken

► Die PDS lehnt jeglichen Umbau der Bundeswehr zu einem weltweit einsetzbaren Interventionsinstrument ab. Wir fordern vielmehr reine Verteidigungspolitik und verlangen: Bleibe im Land und nähre dich friedlich!

► Die PDS stellt sich gegen jede Auf- und Umrüstung der Bundeswehr. Eine Armee von 100 000 muss – als Nahziel – genügen.

► Die PDS fordert die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Uran-Munition.

Gerechtigkeit ist modern: Wir wollen soziale Sicherheit, nicht soziale Spannungen in die Zukunft tragen

► Die PDS sagt Nein zur Rentenreform von Rot-Grün.

► Die PDS wird sich weiter für konkrete Nachbesserungen einsetzen, aber eine Zustimmung zur Gesamtreform ist von uns in Bundestag und Bundesrat auch dann nicht zu erwarten.

► Vor allem bei Frauenrenten müssen Ungerechtigkeiten beseitigt werden.

► Auch noch zur Wahl 2002 wird es wichtig sein zu wissen: Wer war Anfang 2001 für die unsolidarische Rentenreform von Rot-Grün und wer ist damals schon dagegen gewesen.

► Gesundheit geht alle an – auch den Staat. Die PDS fordert deshalb eine gerechte Gesundheitsreform.

► Nicht mit der PDS zu machen: „Klont“ euch allein!

► Für einen wirksamen Verbraucherschutz!

► Armut geht alle an – Reichtum auch.

Die ersten 100 Tage...

► ... 100 Tage nach der Wahl des neuen Fraktionsvorstandes stellen wir fest:

Druck von links macht Sinn. Bei Rente, Entfernungspauschale, Antikriegspolitik oder Ostförderung hat die PDS nicht alles erreicht, was sie erreichen wollte – aber es ist mehr erreicht worden, als ohne sie möglich gewesen wäre.

► ... 100 Tage neuer Fraktionsvorstand zeigen: Die PDS führt die Konkurrenz um Inhalte gegenüber anderen Parteien mit wachsender Kompetenz und steigendem öffentlichen Interesse.

► ... Die ersten 100 Tage haben auch gezeigt: Wenn wir uns nicht selbst beschädigen, gilt für 2002: Wir sind drin!

Der ehemalige Parteivorsitzende Lothar Bisky hat die Leitung der Programmkommission niedergelegt, trotz Bitten des Parteivorstandes. Bisky sieht laut *Neues Deutschland* eine „Verhindererfraktion“ in der PDS, die eine Debatte über das Programm nicht wünschen, weil sie befürchten, dass die DDR-Geschichte in einem neuen Programm anders bewertet würde. Bisky bestätigte diese Information, nachdem Dietmar Bartsch vernünftigerweise erklärte, dass ein neues Parteiprogramm vor den Bundestagswahlen nicht mehr verabschiedet werden kann. Der Beschluss des Parteivorstandes lautete noch etwas anders, deshalb dokumentieren wir ihn hier:

Beschluss zur Programmdebatte:

1. Das grundlegende Anliegen des Beschlusses des Parteivorstandes zur Programmdebatte besteht darin, die substantielle Arbeit am Programm und die öffentliche Diskussion dazu so intensiv voranzubringen, dass inhaltliche Defizite weiter überwunden werden, auf dem Parteitag im Herbst 2001 die programmatiche Profilierung der PDS überzeugend hervortritt und die Unterschiede zur Programmatik der SPD, der Grünen und der CDU/CSU für interessierte Wählerinnen und Wähler klar erkennbar werden.

2. Der Parteivorstand weist die Landesvorstände der PDS ausdrücklich auf die sechs Schwerpunkte der programmaticen Debatte hin, wie sie auf dem Parteitag in Münster beschlossen wurden. Die Parteivorsitzende wird sich mit den Landesvorsitzenden der neuen Bundesländer bis Ende Januar 2001 darüber verständigen, welcher Landesvorstand gemeinsam mit Arbeits-, Interessengemeinschaften und den Fraktionen der Länder sich welchem der sechs Schwerpunkte besonders widmen und organisatorisch betreuen will. An die Programmkommission geht die Bitte, im April 2001 dem Vorstand ein erstes Resümee der Programmdebatte zu diesen Schwerpunkten vorzulegen. Ab Januar 2001 erscheinen monatlich „Beiträge und Informationen zur Programmdebatte der PDS“ für alle Kreisverbände. Herausgeber ist der Bundesgeschäftsführer.

3. Die Programmkommission wird erachtet, bis zum 30.4.2001 „Grundlinien der Überarbeitung des Parteiprogramms“ vorzulegen. Der Parteivorstand nimmt das „Grundlinien-Papier“ zur Kenntnis, veröffentlicht es und organisiert mit den Landesvorständen im Zeitraum Mai bis Oktober 2001 eine breite, demokratische und transparente Diskussion unter der Mitgliedschaft. Der Parteivorstand hält an seiner Absicht fest, frühestmöglich einen Programmewurf vorzulegen.

4. Die 2. Tagung des 7. Parteitages wird sich im Herbst 2001 mit der Programmatik befassen und den weiteren Verlauf der Debatte festlegen, um entscheidende Zukunftsfragen praktisch und programmaticisch zu beantworten.

5. Der Parteivorstand bestätigt Dietmar Bartsch, Lothar Bisky, André Brie, Birke Bull, Pia Maier, Peter Porsch, Monika Runge, Gabriele Zimmer als Mitglieder der Programmkommission. Der Parteivorstand bittet Lothar Bisky, weiterhin den Vorsitz der Programmkommission wahrzunehmen.

6. Im Verlaufe der weiteren Programmdebatte und besonders zur Diskussion der „Grundlinien“ empfiehlt der Parteivorstand den Landesverbänden, Basiskonferenzen zu organisieren, auf denen die dem Münsteraner Parteitagsbeschluss entsprechenden Schwerpunktprobleme dargestellt und erörtert werden. Diese Konferenzen sollen den unmittelbaren Dialog des Parteivorstandes mit den Parteitagsdelegierten und Mitgliedern der Partei im Rahmen der Programmdebatte fördern.

7. Die Grundsatzkommission, Arbeits- und Interessengemeinschaften, Plattformen, Foren, Fraktionen und Landesverbände der PDS werden gebeten, „Bausteine zur Überarbeitung des Parteiprogramms“ (maximal 2 Seiten) vorzuschlagen und diese im Zeitraum bis März der Programmkommission mitzuteilen.

8. Die Grundsatzkommission wird beauftragt, gemeinsam mit der Programmkommission und in Abstimmung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltungsreihe „Offene Fragen in der Programmdebatte der PDS“ zu organisieren. Hierbei sollte es vor allem darum gehen, unterschiedliche Sichtweisen zu grundlegenden gesellschaftlichen Fragen der Gegenwart deutlich werden zu lassen und möglichen Antworten näher zu kommen. Wir streben dazu und für kleinere Gesprächskreise an, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aktive Menschen in Organisationen und Bewegungen, Künstlerinnen und Künstler, Politikerinnen und Politiker unterschiedlicher Orientierung zu gewinnen.

• **Zusammenstellung: jöd**

Zur Programmdiskussion der PDS

Zum Rückzug Lothar Biskys aus der Programmkommission

Wir veröffentlichen den folgenden Leserbrief aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik an das *Neue Deutschland*, weil er interessante Aspekte für die Programmdiskussion der PDS anreißt.

Anfang vom Ende oder Ende vom Anfang der Programmdiskussion fragt sich der engagierte Beobachter der bisherigen Bemühungen der PDS um eine Neufassung ihrer programmaticen Grundlagen bei einer solchen Meldung.

Auch wenn die bisherige Programmdiskussion in der Tat wenig Substanz erbracht hat, so kann man sie doch nicht als ergebnislos bezeichnen, denn mit den verschiedenen Streitbegriffen haben sich schließlich gewisse Dissenspunkte – für eine wirklich pluralistisch verfasste Partei m.E. kein Problem – herauskristallisiert. Andererseits sind, gerade von den AGs und IGs, Defizite in der bisherigen Diskussion deutlich benannt worden, zu denen von der Programmkommission bis zum April eine Zusammenfassung vorgelegt werden soll.

Eines davon – und darauf wies Lothar Bisky bereits 1996 im Vorwort zum „Kommentar“ (Zur Programmatik der PDS – Ein Kommentar. Dietz Verlag Berlin 1997, S. 8: „Die Multi-Media-Entwicklung, die Dynamik der Informations- und Kommunikationsindustrie aber haben wir politisch und programmaticisch bislang nur unzureichend im Griff. Auch das vorliegende Buch weist in diesem Bereich seine bedauerlichste Lücke auf.“) hin ist die Analyse von Problemen und Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Übergang zu einer Informations- oder Wissensgesellschaft. Seit 1996 ist in dieser Frage wenig Substanz hinzugekommen.

Eine Reihe von sehr kontrovers diskutierten Fragen bekommen aber im Licht dieser Entwicklungen einen vollkommen neuen Stellenwert. So steht etwa die Eigentumsfrage keineswegs erst „mit dem Sozialismus als Ziel“ (Ingo Wagner in *Leipzigs Neue* 01.01) auf der Tagesordnung, sondern zu wichtigen Aspekten ist bereits heute ein Tauziehen im Gange, zu dem sich auch linke Tagespolitik positionieren muss. Wenn es nämlich darum geht, die Gelüste der „new economy“ in die Schranken zu weisen, die das bisher im Wissenssektor noch dominierende Prinzip des Gemeineigentums an Wissen, die „Wissensallmende“ (Volker Grassmuck), aufzukündigen und durch ein Privateigentumsmodell mit Lizenzen, Patenten und Urheberrechten ersetzen will. In einem solchen aktuellen politischen Kampf treffen sich „reformerische“ und „fundamentalkritische“ Ansätze und

könnten sich „Reformer“ und „Fundamentalkritiker“ in der PDS treffen, wenn sie denn eine solche Frage ernst nähmen. Doch bisher sind von keiner der beiden Seitenzählbare Vorstöße erfolgt, hier theoretisch Boden unter die Füße zu bekommen. Zentrale Fragen eines Übergangs zu einer Informations- oder Wissensgesellschaft spielen damit im programmatischen Diskurs der PDS so gut wie keine Rolle. Der beklagenswerte Zustand der BAG Wissenschaft der PDS ist beredtes Zeugnis dieser Ignoranz, die in einer Zeit zunehmender Bedeutung von „Kompetenz“ auch in Management-Theorien sowie der Hinwendung anderer Parteien zu Bildungs- und Wissenschaftsthemen doppelt pikant wird.

Allerdings landen wir in einem solchen Diskurs schnell bei Fragen, die Marx nur am Rande tangierte wie etwa der „Tragödie der Gemeingüter“ (<http://dieoff.com/page95.htm>), die Garret Hardin 1968 explizierte. Die Überweidung, Überfischung, Übernutzung und übermäßige Verschmutzung der Gemeingüter wird dort als strukturelles Problem dargestellt, das durch lokale Ansätze wie „Markt“ oder „Selbstentfaltung“ nur verschärft wird und Gemeingüter letztlich in den Ruin treibt. Ob eine wie von Hardin vorgeschlagene Parzellierung in Kollektiv- oder gar Privateigentum zu

den notwendigen globalen Lösungen führt und diese durch ein „Denken in Gegensätzen“, wie von Ingo Wagner als „Kulminationspunkt der Marxschen Theorie und Methodologie“ favorisiert, gefunden werden können, wage ich zu zweifeln. Eher halte ich es mit Rolf Holzkamp („Individuum und Organisation“, 1980, <http://www.kritische-psychologie.de/kh1980a.htm>), statt der Fixierung auf den Eigentumsbegriff die Interessenwidersprüche selbst ins Auge zu fassen, die heute über das Eigentum ausgetragen werden, dabei „Allgemeininteressen“ und „Partikularinteressen“ (im Sinne von Holzkamp) besser zu unterscheiden und ersteren auf kollektiver Basis gegen heute noch dominierende mächtige Partikularinteressen zum Durchbruch zu verhelfen.

Solche Prozesse sind an vielen Stellen der Welt bereits heute im Gange. Diese Keime aufzuspüren und selektiv zu verstärken ist auch Gegenstand der Veranstaltungsreihe „Mensch, Technik, Bildung im Computerzeitalter“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Leipzig (<http://www.informatik.uni-leipzig.de/~graeb/projekte/moderne/Seminar>) Mit Thesen zu „Bildungsanforderungen im 21. Jahrhundert“ und „Emanzipatorischen Herausforderungen moderner Technologien“ liegen erste schriftliche

Ergebnisse auf dem Tisch bzw. im Netz und stehen zur Diskussion.

Im Frühjahr 2001 werden wir die Reihe mit drei Kolloquien fortsetzen (jeweils Samstag, 10 – 15 Uhr, Leipzig, Harkortstraße 10)

3. Februar: Alternative Gesellschaftsmodelle – Freie Software für eine Freie Gesellschaft (Stefan Merten, Kaiserslautern) – Kommunikation statt Markt (Wolf Goehring, Bonn)

31. März: Die philosophische Dimension des Umbruchs – Wissen, Rationalität, Gesetz (Annette Schlemm, Jena) – Rationalität – Verantwortung – „dass nichts bleibt, wie es ist“ (Rainer Thiel, Bugk)

23. Juni: Wissen in der modernen Gesellschaft – Wissen, Information und nachhaltige Entwicklung (Michael Paetau, Bonn) – Wissens-Koevolution (Klaus Fuchs-Kittowski, Berlin)

zu denen wir herzlich einladen.

*Mit freundlichen Grüßen
12.01.2001 Dr. Hans-Gert Gräbe*

Kontakt: BAG Wissenschaftspolitik der PDS PDS-Parteivorstand Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin Email: bag-wissenschaftspolitik@gmx.de Netz: <http://www.pds-online.de/agwiss/index.html>

Thema Heimat in der Kritik

Die Außenpolitik der rot-grünen Bundesregierung folgt nicht etwa einer Konzeption, die bei den Bundestagswahlen zur Debatte gestanden hätte. Der Krieg zur Zerstörung der Bundesrepublik Jugoslawien ergab sich aus der Kontinuität deutscher Staats- und Bündnispolitik und zwang die Regierungskoalition zur Polemik gegen verbreitete Ansichten ihrer Wählerinnen und Wähler. Rot-grün war damit erfolgreich. Nach inzwischen landläufigen Bestimmungen hat die Außenpolitik der BRD weltweit Marktwirtschaft und -demokratie zu fördern, weil das beste Entwicklungsbedingungen für die deutsche, weltmarktorientierte Gesellschaft schafft. Der Gedanke verklebt nationale materielle deutsche Interessen mit einer Gestaltungsidee für die ganze Welt. Er legitimiert das Ein-, An- und Durchgreifen.

Interventionismus in der deutschen Außenpolitik

So wird seit dem Anschluss der DDR Interventionismus immer eindeutiger bestimmendes Merkmal deutscher Außenpolitik. Anders als beim Ziel des Weltfriedens als äußerer Bedingung für innere Gestaltungsfreiheit der Völker zielt man nun direkt auf deren innere Verfassung.

Obwohl die linke Kritik die Entwicklung kommen sah und in der Anschluss-

zeit mit Lösungen wie „Kein 4. Reich“ warnte, brach sie im Jugoslawienkrieg unter dem Meinungsdruck der rot-grünen Koalitionsregierung auseinander. Ein großer Teil der Linksalternativen bzw. Grünen folgt dem Außenminister Joseph Fischer, der im Amt zum Interventionisten aufwuchs. Auch der Sozialdemokrat Schäping, der sich vom Kriegsdienstverweigerer zum Oberbefehlshaber entwickelte, hat Anhang. Die übrige linke Kritik blieb letztlich schwach, sie drang bei den Grünen und bei der SPD nicht durch, in der PDS gelang es mit knapper Not, den antimilitaristischen Kurs für jetzt einmal zu halten.

Währenddessen prägen sich, ideologisch und realpolitisch, die interventionistischen Züge der deutschen Politik immer schärfer aus.

Rot-grüne Regierungspolitik baut Distanz zu den Vertriebenenverbänden ab

Eine der neuesten Entwicklungen ist der Rückgriff der Regierungspolitik auf die „Vertriebenenverbände“. Ein Alarmsignal. Es bedeutet, dass sämtliche Traditionen deutscher Expansions- und Heimatpolitis von einer ca. 95-prozentigen Parlamentsmehrheit mindestens als diskutabel anerkannt werden. Schröder, der sich auf symbolische Politik versteht, hat seinen Auftritt am Tag der Heimat 2000 nämlich nicht dazu benutzt, die dort

versammelten Verbandsfunktionäre abzumahnen, von einem „Basta“, wie er es der gewerkschaftlichen Kritik an der Rentenkürzung entgegensezte, war nichts zu vernehmen.

Ein deutliches Zeichen, dass die rot-grüne Außenpolitik mit den Vertriebenenverbänden rechnet. Der praktische Hintergrund ist wohl, dass die deutsche Industrie deutsche Menschen braucht, die ihre Auslandsinvestitionen im Ausland vertreten, im Dunstkreis der Vertriebenenverbände wären sie zu finden, massenhaft mobilisierbar werden sie nur sein, wenn sie ihre Regierung hinter sich wissen.

Zwei neuen Publikationen zur Kritik von Vertriebenenverbänden und Forderungen nach Heimatrecht

Zwei Publikationen zum Thema „Heimatvertriebene“ erreichten uns zur Rezension. Samuel Salzborn, „Grenzenlose Heimat“, Elefantenpress, Berlin 2000, und Holger Kuhr, „Geist, Volkstum und Heimatrecht“, GNN-Verlagsgesellschaft in Hamburg/Schleswig Holstein, Hamburg, 2000. (Siehe auch Kästen). Wer sich mit der Entwicklung der Außenpolitik der BRD, besonders der Ostexpansion befasst, wird den Verfassern beider Bücher danken, haben sie sich doch durch Stoffe wühlen müssen, die alles andere als leicht zugänglich oder lesbar sind.



Der Autor

Samuel Salzborn, Journalist, Korrespondent der Wochenzeitung Jungle-World. Zuletzt erschienen: *Momentaufnahmen. Sechzehn Absagen an „Vertriebenenverbände“ und deutsch-völkische Außenpolitik*, Düsseldorf 1998.

Klappentext

Haben die Vertriebenenverbände in Deutschland noch eine Zukunft? Sind sie nicht ein Relikt längst vergangener Zeiten? Nein! Nicht nur, dass sich der Status der „Vertreibung“ auf jüngere Generationen vererbt – die Vertriebe-

nenverbände mit ihrer Volkstumspolitik, ihrem Einsatz für ethnisch definierte Menschenrechte sind spätestens seit dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ wieder gefragt.

Salzborn stellt die Entwicklung in der BRD und in Europa seit 1945 ebenso dar wie ihre nationalsozialistische Vorgeschichte und kommt zu dem Ergebnis, dass die „Vertriebenen“ keinesfalls ein überholtes Problem sind, sondern in Gegenwart und Zukunft bundesdeutscher und europäischer Politik präsent bleiben werden.

Eine längst fällige kritische Bestandsaufnahme der Arbeit und der Ziele der Vertriebenenverbände.

Inhalt

9	VORWORT
12	KAMPF BIS IN DIE EWIGKEIT? Eine Einleitung 12 Funktion der „Unsterblichkeit“ 14 „Die Heimat wird uns nicht geschenkt“ 14 „Bekenntnis zum inneren Volkstumsbewusstsein“ 17
22	DIMENSIONEN DER „VERTREIBUNG“ Geschichte der Vertreibung 22 Polen und die nationalsozialistische Ostexpansion 26 Praxis der Germanisierung 29 Sonderfall Ostpreußen 32 Volkstumskampf gegen die Tschechoslowakei 33 Nationale Mythenbildung 38 Historische Realität 41
46	ZUR GESCHICHTE DER VERTRIEBENENVERBÄNDE Erste Etappe: 1945 bis 1962- Entstehung, Konsolidierung, Legitimierung 46 Aufnahme und Integration 47 Keimzellen der Organisierung 52 Göttingen, Stuttgart, Berlin – der Dachverband entsteht 56 Der Kampf um Legitimität 59

Zweite Etappe: 1963 bis 1989 -Innenpolitische Pressure-group 65

Kursbestimmungen: Das ganze Deutschland ... 66

Permanenter Protest 69

Zurück zur Geschichte 72

Dritte Etappe: 1989/90 bis 1999 – Das Erwachen der „Vertriebenen“ 74

Hoffnungen gewinnen an Boden 74

Träume werden wahr: Die Zäsur 1998 76

79 STRUKTUR UND ARBEITSWEISE DER VERTRIEBENENVERBÄNDE

Paradigma des Revanchismus 79

Übersichtliche Unübersichtlichkeit 82

Verbandsinterne Dissonanzen 83

Landsmannschaftliche Differenzen 89

Landsmannschaft Ostpreußen 90

Landsmannschaft Schlesien 97

Sudetendeutsche Landsmannschaft 103

112 PUBLIZISTIK, VERNETZUNG UND UMFELD DER VERTRIEBENENVERBÄNDE

Der Kampf der Basis: die Blätter der Heimatkreisgemeinschaften 112

An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend: Das Ostpreußenblatt 116

„Bearbeitung und Edition landschaftsgeschichtlicher Urkundenbücher“ 121

Rechte Annäherungen 125

131 „AUCH HEIMATRECHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN“ – DIE IDEOLOGIE DER VERTRIEBENENVERBÄNDE

„Grenzen sind Narben der Geschichte“ 134

„Narrativ der „Identität““ 136

„...namenlos hinter Nummernkonten und Aktiendepots“ 139

„Diese Fiktion, an die sie glauben, macht sie für die Realität blind.“ 143

Verinnerlichungen 147

151 EIN NEUES JAHRTAUSEND: DAS ENDE DER VERTRIEBENENVERBÄNDE?

Vertriebenenverbände und Sozialdemokratie: Wächst zusammen, was ...? 154

Zweckinitierungen: Von der Minderheit zur Volksgruppe 159

„... ein vielversprechendes positives Element der deutschen Zukunft“ 168

Anmerkungen 172

Personenregister 211

Samuel Salzborn zeigt, wie sich die Vertriebenenverbände mit ihren eher randständigen Positionen im politischen Leben der BRD festsetzen. Holger Kuhr weist die Basierung dieser Politik in großdeutsch-völkischen und Nazi-Traditionen nach. Die gegebene Darstellung des „Dass“ und „Wie“ dieser Prozesse ermöglicht und fordert Fragen nach dem „Wieso“?

Da ist die eine Frage, wieso die große Politik sich auf solche – jedenfalls zur Zeit noch – eher randständigen und undurchsichtigen Ideen und Gestalten einlässt und damit Positionen aufnimmt, die Interessen der verbündeten Westmächten empfindlich stören mögen. Die Antworten werden sich wohl am ehesten aus der Kritik der Konzernstrategien zur Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen in Europa und mit den Ländern im östlichen Europa ergeben.

Da stellt sich aber auch die andere Frage, wieso die Verbandsfunktionäre ihre Haufen über den Generationswechsel hinaus zusammenhalten können? Und wieso können sie ihre aggressiven Ziel-

setzungen für irgendjemand glaubhaft als Kampf um ein Menschenrecht verkaufen? Die entlarvende Kritik, die Salzborn und in ähnlicher Richtung Kuhr an dem „Konstrukt des Rechts auf die Heimat“ führen, bleibt da stecken.

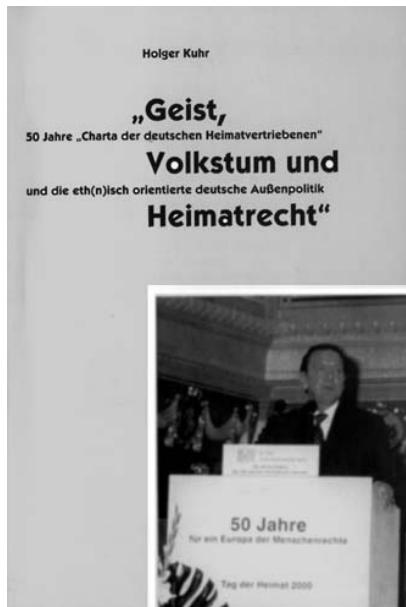
Woher die Zugkraft der Heimat-Agitation?

Was macht die Forderungen der Verbände bei ihren Anhängern und in der Öffentlichkeit glaubhaft? Der Staatsführung und den Verbandsfunktionären mag es um die politische Verwertbarkeit der angesprochenen Menschen gehen. Aber die „Vertriebenen“ und die Menschen, die für die von ihnen erhobenen Forderungen empfänglich sind, wissen von diesen Verwertungsabsichten oft nicht einmal.

Im Folgenden wird die Meinung vertreten, dass das Heimatgefühl diese Bindegkraft entwickelt. Von Gefühl wird hier geredet, weil der Komplex gefühlter, gebauter, unmittelbar erfahrener, nicht gewählter und bedachter Bedingungen gemeint ist, in die Menschen hineingebohren oder durch sonst einen Zufall hinein-

geworfen werden.

Man könnte, angelehnt an die Untersuchungen des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (1), von einem „System gegenständlicher Daseinsbedingungen“ sprechen, das eine Struktur aufweist, durch die Subjekte, die in dieser Struktur ihr Leben führen, strukturiert werden. Sie können sich in diese Gegebenheiten ergeben, sie können sie vergötzen. Sie können ihre Schranken als Bindungen auffassen und ihrer Beschränkung den Namen Liebe verpassen. Sie können sich auf diese Struktur hin ausrichten und als dienendes Glied sich in ein großes Ganzes fügen. Die Kehrseite der so gefundenen Geborgenheit besteht in der Bereitschaft zur Unterordnung. Der Rückgriff auf das Heimatgefühl ist deswegen für alle Autoritäten und Führungsfiguren interessant: Sie als Mächtige garantieren den vielen Geängstigten, dass bleibt, was ist, dass ihrem Leben nicht der Rahmen genommen wird. Denn für die Lebensführung und -planung kommt es für die Personen sehr darauf an, dass die Praktiken, die ihnen ange-



In dieser Broschüre werden die vier zentralen politischen und ideologischen Kernaussagen, die in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ enthalten bzw. mit ihr transportiert werden, kritisch analysiert: Es sind dies:
 erstens der postulierte „Gewaltverzicht“,
 zweitens die Heimat-Ideologie mit der

Forderung nach einem „Recht auf die Heimat“,
 drittens die Europakonzeption als „wahrhaft übernationale politische Ordnung“ und
 viertens die „Verantwortung der Völker am Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen“. Darin mit behandelt wird die Frage nach der Bedeutung und aktuellen politischen Relevanz der genannten „Charta“-Inhalte für die Außenpolitik der Berliner Republik nach der Zäsur von 1990 und der Zäsur des Krieges um das Kosovo.

Holger Kuhn
„Geist, Volkstum und Heimatrecht“
50 Jahre „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und die eth(n)isch orientierte deutsche Außenpolitik

Verlag: GNN, Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung,
 Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H.
 Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21
 1. Auflage November 2000
 Druck: GNN-Verlag, Drucktechnik Hamburg

Inhalt

- VORWORT
- 7 ZURVORGESCHICHTE DER „CHARTA“
- 9 Exkurs: Der „Europäische Nationalitätenkongress“
- 13 DIE INHALTLICHEN POSITIONEN DER „CHARTA“
- 16 Exkurs: Der „Göttinger Arbeitskreis“
- 20 1. Der postulierte „Gewaltverzicht“
- 24 2. Die „Heimat“-Ideologie und das „Recht auf die Heimat“
- 28 Was ist „Heimat“?
- 32 Vom „göttlichen Grundrecht auf die Heimat“
- 39 „Menschenrecht bricht Staatsrecht“
- 43 Exkurs: Grundgedanken deutscher Geopolitik
- 50 3. Für „wahrhaft europäische Lösung“ – die „übernationale politische Ordnung“
- 52 Exkurs: Die „liberalen Imperialisten“ der wilhelminischen Ara
- 62 Exkurs: Die „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)“
- 67 4. Die „Verantwortung der Völker“
- 71 Exkurs: Die „Bertelsmann-Stiftung“ und das „Centrum für angewandte Politikforschung (CAP)“
- 74 MIT DER „CHARTA“ INS NEUE EUROPÄISCHE „VOLKSGRUPPEN-JAHRHUNDERT“
- 76 „JEDER AN SEINEM PLATZ, FÜR DAS DEUTSCHTUM KÄMPFEN“ – DIE UNTERZEICHNER DER „CHARTA“
- 88 Literaturverzeichnis
- 91 Dokumentenanhang

wöhnt wurden oder die sie sich mühsam angelernt haben, hernach auf die Bedingungen stoßen, in denen sie greifen können. Sicherheit in dieser Hinsicht ist gemeint, wenn von Heimat, Wo-hingehören, Sich-wohl-fühlen usw. die Rede ist. An-gesprochen wird da ein wildes Gemenge, sozialer, kultureller, wirtschaftlicher, aber auch landschaftlicher Gegebenhei-ten, das seinen Zusammenhang findet in der Biografie der Personen, die es erleben.

Schwer veränderliche Landschaftsmerkmale, (Alpen, Almen, Kammerfenster oder Nordseehafen, Reeperbahn) er-zählen süßlich von der Ewigkeit der Na-tur und der Kurzlebigkeit menschlichen Fühlens, im politischen Raum eignet sich eine vererbliche Macht wie das Königstum oder ein unveränderliches Symbol wie die Flagge, um die Fortdauer der Gesell-schaft mit der Endlichkeit des Lebens zu vermitteln. Heimat umgibt das darin ge-borgene Individuum; räumlich und zeit-lich.

Heimat und Hoffnung

Für die Herkunft der begrifflichen Fas-sung dieses Komplexes ist es vielleicht erhellend, dass in ganz Süddeutschland früher, in der Schweiz aber noch heute, bäuerliche Anwesen gängig als (das) „Heimat“ bezeichnet werden. In der Tat setzt die bäuerlich-dörfliche Subsistenz-wirtschaft eine Existenz, in der alles in

einem überschaubaren Kreis zusammen-fällt: Familie, Gesellschaft, Religion, Tra-dition, Produktion, Kultur, Landschaft – eben Heimat. Heimat auch die kleinstäd-tische Spießeridylle mit ihrem strikt orga-nisierten Vereins- und Stammtischleben, Heimat auch das Großstadtviertel, auch die „Szene“ oder das „Kiez“ (der Ausdruck überträgt eine alte wendische Bezeichnung für eine kleine Siedlung auf Teile einer großen, unübersichtlichen Stadt). Die deutsche Rede von der Hei-mat meint auch, im übertragenen Sinne, die geistige Heimat in einer Ideologie oder Lehre. Die Religion kennt und nennt das Himmelreich als Heimat und die Er-de fremd. Schließlich beansprucht sogar der sozialistische Philosoph Bloch den Begriff als Schlusspunkt seines wichti-gen Werkes „Prinzip Hoffnung“:

„Hat (der Mensch) sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfrem-dung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch nie-mand war: Heimat“. (2)

Heimat überall, freilich in unter-schiedlichen Graden der Verfestigung. Immer jedoch gewappnet, bereit, die Si-cherheit der gegebenen Daseinsbedingen und der an ihnen hängenden Erwartun-gen mit verfügbaren Mitteln abzuschir-men. Die Kehrseite der Idylle findet sich in der Tendenz zur wütenden, gnadenlo-sen Selbstbehauptung.

Heimat ein Menschenrecht?

Wenn die Verbandsfunktionäre der Ver-triebenen auf das „Menschenrecht auf Heimat“ pochen, können sie Verständnis, genauer: Mitgefühl mobilisieren. Man muss die Vorstellungskraft nur wenig strapazieren, um die traurige Lage von Menschen zu begreifen, die aus der Struktur, auf die sie ihr Leben abgestellt haben, herausgerissen werden. Die Fra-ge, wie die Absicherung von Heimat po-litisch instrumentalisiert wird, wird da-bei gar nicht angesprochen. Selbst wenn die Mitführenden der Aufklärung über üble politische Implikationen folgen wol-ten, es bleibt. Und sobald die aufklären-de Kritik in die Falle geht und dieses spontan entstehende Mitgefühl durch Herunterspielen der traurigen Situation zu überspielen versucht, verliert sie mit der wichtigen humanen Qualität Über-zeugungskraft.

Die Verbandsfunktionäre der „Vertrie-benen“ greifen also auf sehr unmittelbare Erfahrungen zurück, wenn sie von dem Menschenrecht auf die Heimat sprechen, und es wird alles nur noch schlimmer werden, sollte es ihnen irgendwann mal glücken, das historisch belastete Wort zu modernisieren. Unter dem Stichwort „Vertreibung“ malen sie einen Zustand aus, in dem alles, was der individuelle Mensch angewöhnt hat, was im anerzo-gen wurde, was er sich an Kulturbildung oder Besitz erworben hat, nichts mehr

gilt, weil ihn eine überindividuelle, fremde Übermacht aus dem Seinszusammenhang herausreißt, in dem er lebt.

Heimat determiniert die Person nicht

Weil sich der Heimatkomplex bei den Einzelnen als ihre Biografie fassbar macht, können rechte Ideologien den Heimatkomplex als Determinante der Person behaupten.

Aber so ist es nicht. Die „gegenständlichen Daseinsbedingungen“, die die Lebensführung der Personen strukturieren, werden nämlich umgekehrt durch das gelebte Leben der Personen strukturiert, ihre verständigen Kritiken und ihre fortschrittlichen Lebenspraktiken schaffen eine Distanz zu diesen Bindungen, es ergibt sich Raum für Kritik und Widerstand, für Veränderung und Gestaltung.

Graide das Beispiel der im Mittelalter nach Böhmen hin ausgewanderten Deutschen zeigt recht gut, dass man Heimat verlassen, gewinnen und zerstören kann. Warum sie die deutsche Heimat verließen, ist nicht ganz klar, sicher ist, dass die Angebote, mit niedrigeren Abgaben und für die Zeit weitgehenden Selbstverwaltungsrechten sich in geschlossenen Siedlungen niederzulassen, vorgelegen haben. Bestandteil der neuen Heimat war, dass die Identität von politischer Ordnung und kultureller Bestimmtheit nicht mehr gegeben war. Überlebensnotwendig war die Bereitschaft, sich auf das Zusammenleben, den beständigen wirtschaftlichen und politischen Verkehr von Menschen unterschiedlicher Sprache und Kultur einzulassen. Es entstand eine Kultur des Zusammenlebens, die hier nicht romantisert werden soll und in der immer auch die Tendenz virulent war, dem Deutschtum zu kultureller und auch politischer Vorherrschaft zu verhelfen. Mit der großdeutschen Heim-ins-Reich-Bewegung allerdings wurden die Elemente einer Kultur des Zusammenlebens an der Wurzel angegriffen, mit dem tatsächlichen Anschluss ans Reich wurde sie zerstört, mit der Vernichtungspolitik der Nazis war sie unwiederbringlich dahin. Der Abzug der kulturell deutschen Minderheit war unumgänglich, weil die Ereignisse, an denen sie beteiligt waren, die Daseinsbedingungen zerstört hatten.

Fasst man also Heimat als Komplex strukturierter Daseinsbedingungen, so leuchtet ein, dass ein solcher Komplex zerstört, eine solche Struktur zerrissen werden kann, und auch, dass dies mit dem Eroberungs- und Vernichtungskrieg des Deutschtums tatsächlich geschah.



Bill Caldwell
(Großbritannien),
Daily Star, 20.2.1990
Der Marsch des
Vierten Reiches

Recht auf Heimat – Projektion von Ansprüchen

Was sind dann die Forderungen der Verbandsfunktionäre nach dem Recht auf Heimat? Das kulturelle Kapital, begriffen als die Summe angewohnter und erlernter nützlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten, wird zu einem bedeutenden Teil durch die Erziehung in der Familie übertragen. Kulturkaptial bleibt leblos, oft bloß noch tragische Belastung, wenn das dazu gehörige, komplementäre Sachkaptial fehlt. Anerzogene Ansprüche auf eine bestimmte Stellung in der Gesellschaft erlöschen nicht einfach, weil das dazu gehörige Sache- bzw. Strukturkomplement fehlt. Nur langsam und nur in dem Maße, in dem sich die betroffene Person mit der gesellschaftlichen Struktur auseinandersetzt, die ihre neue Wirklichkeit ist, vergeht das Problem. Es leuchtet unmittelbar ein, dass solche in der Biografie der Personen vergrabenen Ansprüche in dem Moment wieder an das Licht treten können, in dem der Zugriff auf die Sachkomplemente wegen irgendwelcher Wendungen in der politischen Außenwelt realistisch wird.

Im Punkt der Vertriebenen wäre es verkehrt, diesen Prozess allein an dem großen Besitz aufzuhängen. Familientraditionen und Vorstellungswelten, die ein Leben „im Osten“, ausgestattet mit „Rechten“, kulturell geborgen im „Volk“, politisch geschützt durch „das Reich“, kennen, können als kulturelles Kapital begriffen werden, das unter der Bedingung der modernen Kapitalexploration in den Osten zu herausgehobenen Lebensstellungen befähigt.

Bei der Verbindung von biografischen und politischen Momenten geht es also um die Projektion von alten Ansprüchen in eine neue politische Zukunft, die anderen, den Menschen, die in Polen, Tschechien usw. leben, bereitet werden soll. Es ist der Versuch der Umstrukturierung der Gesellschaften der Nachbarländer, und zwar durch Einsatz politischer Zwangsmittel.

Wie lässt sich Forderung nach Recht auf Heimat zurückweisen

In der Forderung nach Recht auf Heimat sind dreiste Herrschaftsansprüche mit Bedürfnissen verflochten, die zu achten sind. Die Dekonstruktion dieser Forderung und der politischen Mobilisierung, die sie auslöst, wird am ehesten gelingen, wenn man den Komplex in seine einzelnen Komponenten zerlegt. Es geht um die Frage von wirtschaftlicher Einvernahme, politischer Aggression und Angriffskrieg. Um Fragen demokratischer Selbstbestimmung und Schutz von Minderheits- bzw. Individualrechten. Um Religionsfreiheit bzw., moderner ausgedrückt, um die kulturelle Selbstbestimmung, die Freiheit in der Wahl des Lebensstils. Es geht um das Recht bedrohter Menschen zu flüchten und um die Pflicht, sie aufzunehmen, es geht um das Recht, sich niederzulassen und zu bleiben, und es geht schließlich um das Recht, den Komplex der Lebensverhältnisse demokratisch zu gestalten.

Diese Rechte, deren Verteidigung internationales Gemeingut emanzipativer Bewegungen ist, müssen so formuliert und vertreten werden, dass sie sich nicht zum Vortrieb hegemonialer Politik eignen, sondern im Gegenteil die Politik der Vertriebenenverbände wie dazu passende Wirtschaftskonzepte sich an ihnen brechen und als unfriedliches, verächtliches Streben nach Vorherrschaft erkennbar werden.

Martin Fochler

Der Aufsatz geht auf eine Diskussion bei dem von den Politischen Berichten und den Deutsch-Tschechischen Nachrichten am 2. Dezember in Berlin veranstalteten Autorentreffen (siehe PB 23) zurück und erscheint ebenfalls in den Deutsch-Tschechischen Nachrichten Ausgabe Nr. 25

- 1) Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Frankfurt 1982, S. 277 ff.
- 2) Zitiert nach dtv-Atlas zur Philosophie, München 1991, S. 225

Verdirbt die EG deutschen Leit-(kultur)-Hammeln den Brei?

Der Europäische Rat hat – kaum bemerkt von der veröffentlichten Meinung in Deutschland – am 29.6. und 27.11.2000 zwei neue Gleichbehandlungs-Richtlinien verabschiedet, die die deutsche Debatte um „leitkulturelle“ Hegemonie äußerst positiv (nämlich bis zu deren Abwürgen) beeinflussen könnten.

Die Richtlinie vom 29.7.2000 (2000/43/EG) betrifft die „Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“, die Richtlinie vom 27.11.2000 (2000/78/EG) die „Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“. Die zweite dieser Richtlinien erfasst alle Diskriminierungen wegen der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung in Beschäftigung und Beruf. Die erste geht in ihrem Geltungsbereich noch über den der Richtlinie vom 27.11.2000 hinaus, indem sie nicht nur auf Diskriminierungen in Ausbildung und Beschäftigung Anwendung findet, sondern auch im Bereich von Sozialleistungen, Gesundheitswesen, Bildung sowie allgemein hinsichtlich der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen (einschließlich der Versorgung mit Wohnraum). Von großer Bedeutung ist, dass beide Richtlinien für alle in der EG ansässige Personen gelten (also nicht nur EG-Staatsbürger) und in allen privaten und öffentlichen Bereichen Anwendung finden und zwar hinsichtlich der Ausbildung, Einstellung, des beruflichen Aufstiegs, der Weiterbildung, der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, einschließlich Arbeitsentgelt und der Kündigungsbedingungen und zwar unabhängig davon, ob es sich um selbständige und unselbständige Arbeit handelt.

Umsetzungsfrist schafft Raum für öffentliche Debatte

Die Richtlinien müssen von den europäischen Staaten bis zum 19.7.2003 (2000/43/EG) bzw. 2.12.2003 (2000/78/EG) in nationales Recht umgesetzt werden. Das entsprechende Gesetzgebungsverfahren müsste also noch von der gegenwärtigen Regierungskoalition vor den nächsten Bundestagswahlen in Gang gesetzt werden. Das ist eine zeitliche Perspektive, die Freude aufkommen lassen könnte, wenn es gelingt, bald eine öffentliche Debatte um die Umsetzung dieser europarechtlichen Vorgaben in deutsches Recht anzuzetteln. Die Chancen, dafür Interesse vor allem auch in den Betrieben und den

Gewerkschaften zu finden, sind gut. Das erste Mal greift die EG hier direkt mit politischen Vorgaben zur Realisierung des Gleichbehandlungsgrundsatzes auch in privatrechtlichen Beziehungen in die Rechtsordnungen der Einzelstaaten ein, einen Vorgang, den es bisher nur in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter gegeben hat. Die beiden Richtlinien (bei allen Beschränkungen, die sie typischerweise als EG-Normen auszeichnen, insbesondere der völligen Ausklammerung des Staatsangehörigkeitsrechts) erfassen erstmals alle denkbaren Formen von Diskriminierung und (und das ist neu) schaffen Mindeststandards zu ihrer Durchsetzung auch im Verhältnis Privater untereinander, also auch im Arbeitsverhältnis.

Registriert wurde ihre Verabschiedung soweit ersichtlich bislang nur in den wissenschaftlichen und politischen Zirkeln, die üblicherweise (im ausdrücklichen oder stillschweigenden) Auftrag der Unternehmerverbände, Konzerne und des politischen Konservatismus die Aufgabe der Vorbereitung, Begleitung und publizistisch-wissenschaftlichen Absicherung entsprechender Gesetzgebungs-vorhaben übernehmen. Die „Experten“ und „Sachverständigen“, in der Regel immer die gleichen in Haupt- und Nebenberuf gut dotierten Lehrstuhlinhaber rechtswissenschaftlicher Fakultäten, verteilen zur Zeit untereinander (mit heftigem Schaum vor dem Mund vor solch unverschämten Eingriffen in die Privatautonomie) die demnächst für „die Fachpresse“ zu schreibenden Aufsätze, um das Schlimmste zu verhüten. (Kommentar einer promovierten, grau-kostümierten Lehrstuhlassistentin, mit zornesroten Backen und sich überschlagender Stimme im Rahmen eines Seminars über europäisches Arbeitsrecht, warum die Richtlinien ein „unverschämter Eingriff in das Recht auf Privateigentum“ seien: „Da wäre ja einem Unternehmer seine freie unternehmerische Entscheidung, in seinem Betrieb keine Neger, Schwule oder Muslime zu beschäftigen, nicht mehr möglich!“).

Neu: Popularklagerecht und Beweislastumkehr

Die Erregung ist verständlich. Neu an den Richtlinien ist aber weniger ihr materieller Gehalt: Diskriminierung „an sich“ ist natürlich auch im deutschen Recht, auch im deutschen Arbeitsrecht verboten: § 612a BGB verbietet zum Beispiel die Maßregelung von Beschäftigten, weil sie in zulässiger Weise ihnen zustehende Rechte wahrgenommen haben. Auch der von der Rechtsprechung entwi-

ckelte (und aus Art. 3 Grundgesetz) abgeleitete arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz gebietet (eigentlich) sachwidrige Diskriminierungen genauso wie verschiedene Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes (insbesondere die §§ 75, 80 und 84 BetrVG). Diese Vorschriften spielen aber bislang in der Rechtswirklichkeit der BRD praktisch keinerlei Rolle, weil ein effektiver Rechtsschutz bei Verstößen dagegen nicht besteht: 1.: Der Diskriminierte hat zu beweisen, dass eine sachwidrige Diskriminierung vorliegt, 2.: Betriebsräte und Gewerkschaften haben – wegen fehlendem Klagerrecht – praktisch keine Durchsetzungsmöglichkeiten und 3.: fast alle Verstöße bleiben bislang folgenlos, weil ein materieller Schaden (in Geld) entweder nicht entsteht oder nicht nachweisbar ist und generell Sanktionen bei Verstößen gegen diese Vorschriften schlicht nicht vorgesehen sind.

Damit machen die Richtlinien Schluss: Es muss zukünftig sichergestellt sein, dass die Einhaltung der Antidiskriminierungs-Bestimmungen sogar nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses auf dem Rechtsweg einklagbar sind. Klageberechtigt sind nicht nur die Diskriminierungspfifer, sondern auch (beispielsweise) Betriebsräte und/oder Gewerkschaften. Macht jemand eine diskriminierende Behandlung durch Klage geltend (und entsprechende Tatsachen glaubhaft), muss der Beklagte (Arbeitgeber) beweisen, dass keine Diskriminierung vorgelegen hat (Umkehr der Beweislast!). Letztlich verlangen die Richtlinien die Androhung „wirksamer, verhältnismäßiger und abschreckender“ Sanktionen, die auch Schadensersatzleistungen an die Opfer umfassen können.

Diese Vorschriften werden ergänzt durch eine sehr weitgehende Definition des Begriffs der Diskriminierung, die nicht nur unmittelbare Verstöße erfasst, sondern auch mittelbare Diskriminierungen, auch die „Anweisung zur Diskriminierung“ (also auch den seine Hände in Unschuld waschenden Chef erfasst) und sogar bloße „unerwünschte Verhaltensweisen“, die mit einem der Diskriminierungsgründe in Zusammenhang stehen und bewirken, dass die betreffende Person in ihrer Würde verletzt und „ein von Einschüchterung, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird“. Auch solche „Belästigungen“ gelten nach den Richtlinien als zu sanktionierende Diskriminierung.

Wer die Bedeutung dieser EG-Vorga-

ben erfassen will, muss wissen: EG-Richtlinien sind keine unmittelbar geltenden Rechtsnormen, auf die sich ein Einzelner berufen könnte. Unmittelbare Wirkung haben sie (nach Ablauf der Umsetzungsfrist) nur im Verhältnis des einzelnen Bürgers zum Staat. Wird eine Richtlinie von der BRD also nicht (verspätet oder unzureichend) umgesetzt, können daraus keine Ansprüche abgeleitet werden (es sei denn, der Betroffene ist unmittelbar von einer staatlichen Einrichtung diskriminiert worden). Ihm bleiben dann nur Schadensersatzansprüche gegen die BRD, wegen der fehlenden Umsetzung, die im Wege der Amtshaftung durchzusetzen wären. Nur die Organe der EG selbst könnten in einem solchen Fall fehlender, verspäteter oder mangelhafter Umsetzung die BRD unmittelbar vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen.

Schon heute: Richtlinien binden Gerichte bei der Gesetzesauslegung

Ein netter Nebenaspekt ist folgender: Bereits vor Umsetzung der Richtlinien in staatliches Recht entfalten sie insoweit eine unmittelbare Wirkung, als sie bei der Auslegung bereits bestehenden Rechts zu berücksichtigen sind. Alle Gerichte sind also bereits heute insoweit an diese Richtlinien gebunden, als bestehende Rechtsnormen „europarechtskonform“ im Sinne der Richtlinie auszulegen sind und diese Normen einer solchen Auslegung zugänglich sind. Eine etwas breitere öffentliche Debatte um diese Dinge könnte also durchaus den einen oder anderen Arbeitsrichter (zum Jagen getragenen von engagierten Anwälten und Rechtsschutzsekretären) auf positive Gedanken bringen. So legt z.B.: § 75 BetrVG Arbeitsgebern und Betriebsräten die Pflicht auf, „darüber zu wachen, dass alle im Betrieb tätige Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere, dass jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder Einstellung oder wegen ihres Geschlechts (oder Alters) unterbleibt“. Eine ausdrückliche Regelung, wer solche eventuellen Verstöße beweisen muss, findet sich im Gesetz nicht. Es gibt allerdings die Regel, dass auf Antrag von Betriebsrat oder Gewerkschaft der Arbeitgeber bei Verstößen gegen seine Pflichten aus dem Betriebsverfassungsgesetz verurteilt werden kann „eine Handlung zu unterlassen, die Vornahme einer Handlung zu dulden oder eine Handlung vorzunehmen“ (§ 23 Abs. 3 BetrVG). Beide Vorschriften sind auslegungsfähig. Eine „Handlung vornehmen“ könnte doch auch heißen: Schmerzensgeld an Diskriminierungssopfer zahlen zu müssen. Warum sollen sich nicht bald ein paar mutige Richter finden lassen, die unter Anwendung der Regeln der Richtlinien solch „abschreckende Sanktionen“ auf



Ein Klagerrecht für Gewerkschaften würden vielen illegal oder halblegal Beschäftigten in solchen Arbeitsverhältnissen wie Müllsortierer u.ä. helfen.

Antrag einer Gewerkschaft gegen Arbeitgeber verhängen, die die Menschenwürde mit Füßen treten und beispielsweise versuchen, ältere Beschäftigte mit allen Mitteln aus dem Arbeitsverhältnis zu drängen oder Farbige nur mit den schmutzigsten und schlechtbezahltesten Arbeiten betrauen oder Behinderte mobben?

Novelle zum BetrVG: europarechtswidrig – Eine Aufgabe für die PDS

Auf eine europarechtskonforme Umsetzung der Richtlinien durch die Schröder/Fischer-Koalition sollte man aber weder warten noch vertrauen. Was spricht denn dagegen, die eröffnete Debatte um die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes zu nutzen, um Vorschläge zur effektiven Umsetzung der Richtlinien zu machen? Das Argument, dass es doch wenig Sinn machen kann, heute ein europarechtswidriges Betriebsverfassungsgesetz zu verabschieden, das 2003 bereits wieder reformiert werden muss, sollte doch all die „überzeugten Europäer“ über alle Fraktionsgrenzen hinweg in Zugzwang bringen!? Das in den Richtlinien vorgesehene Popularklagerecht (von Gewerkschaften und/oder Betriebsräten) sollte Raum schaffen, um auch dort Interesse zu schaffen. Nachdem das Bundesarbeitsgericht den Gewerkschaften vor kurzem das Tor aufgemacht hat, um effektiv gegen tarifwidrige Betriebsvereinbarungen vorgehen zu können, müsste doch das Angebot der EG zukünftig auch auf dem Feld der Diskriminierung sich neue Bedeutung zu verschaffen, verlocken? Entscheidend wird sein, wie die Richtlinien en détail umgesetzt werden; sie regeln nur Mindestbedingungen und lassen ausdrücklich günstigere Regelungen zu. Darum muss gestritten werden und zwar je früher, je besser. Die Aussicht, dass die Debatte um „Deutsche Leitkultur“ durch solche Initiativen in einer Debatte um Gleichheit und Menschenwürde in der BRD enden könnte und sich deren Protagonisten in der Schmuddelecke Europas wiederfinden, ist nicht direkt unerfreulich.

Die PDS-Fraktion in Berlin muss sich bald des Themas annehmen. Ein erster

Schritt wären entsprechende Vorschläge zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes. Der Entwurf Riesters liegt bereits seit dem 15.12.2000 auf dem Tisch und ist auf den Internet-Seiten des Ministeriums veröffentlicht (www.bma.de). Er enthält nach einer ersten Durchsicht außer einer gewissen Vereinfachung des Wahlverfahrens, einigen Regelungen zur tarifvertraglichen Bestimmung des betriebsverfassungsrechtlichen Betriebsbegriffs und einer leicht verbesserten Freistellungsregelung nichts von den hochfliegenden Erwartungen der Gewerkschaften zur Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und er enthält (wer hat etwas anderes erwartet?) schlicht nichts zur Umsetzung dieser Antidiskriminierungsrichtlinien. Würde die Novelle in der Riesterschen Fassung verabschiedet, sie wäre demnach genauso europarechtswidrig, wie sein gerade in Kraft getretenes Befristungsgesetz, das die sachgrundlose Befristung zum Dauerzustand macht, die bisherige von der alten Bundesregierung geschaffene Rechtslage also verschlechtert, was die diesem Gesetz zugrundeliegende EG-Richtlinie (1999/70/EG vom 28.6.99 Amtsblatt L 175/43) ausdrücklich verbietet. Dagegen bloß die alten, weitergehenden DGB-Reformvorschläge hoch zu halten, wird nicht genügen und vor allem: wird nichts bewirken! Die Zeit drängt also.

kh

Die Richtlinien sind im auf den Internetseiten der EG zu finden. Am einfachsten durch Anwahl der Site zum Europäischen Gemeinschaftsrecht (<http://europa.eu.int/eur-lex/de>). Dort über die Suchfunktion zum Bereich „Geltendes Recht“. Durch Anklicken der Auswahl „Richtlinie“ und Eingabe des Verabschiedungsjahrs (z.B.: „2000“) und der Richtliniennummer (z.B.: „78“) lassen sich alle geltenden EG-Richtlinien (im html-Format) finden. Die konkreten Adressen der beiden Richtlinien lauten: Richtlinie 2000/43/EG: http://europa.eu.int/eur-lex/de/lif/dat/2000/de_300L0043.html Richtlinie 2000/78/EG: http://europa.eu.int/eur-lex/de/lif/dat/2000/de_300L0078.html Interessenten können die Richtlinien-Texte auch als Dateien im Word-Format per E-Mail zugeschickt werden. E-mail an gnn-stuttgart@t-online.de

25.Januar – 11.Februar, Köln: Ausstellung „Erinnern – eine Brücke in die Zukunft“ – Projekte im Rahmen des Gedenktages am 27. Januar. Kontakt: NS-Dokumentationszentrum ELDE-Haus, Appelhofplatz 23-25, 50667 Köln, Tel.: 0221/221-26336, Fax: 0221/221-24154
E-Mail: nsdok@netcologne.de Internet: <http://www.museen-koeln.de/ns-dok>

25.-30. Januar, Porto Alegre (Brasilien): Weltsozialgipfel (parallel zum Weltwirtschaftsforum in Davos) von und mit NGOs zu den sozialen Folgen der Globalisierung, Infos: <http://www.worldsocialforum.org/ingles/> oder auch WEED <http://www.weed-bonn.org>, Kontakt: fsm2001inter@uol.com.br

27.Januar, Stuttgart: Arbeit – Leben – Zeit, Kongress über Umverteilung und Neubewertung von Arbeit und Arbeitszeit. Im Mittelpunkt steht die Verbindung der Kämpfe für Geschlechterdemokratie, Zivilgesellschaft und einen neuen Typus von Vollbeschäftigung. Ort: Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Großer Saal, Willi-Bleicher-Str. 20. Informationen/Anmeldung: IG Medien-Landesbezirk Baden-Württemberg, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, Tel. 0711-2924410

1. Februar, Köln: Internationaler Soldatengottesdienst mit Bischof Meissner (im Rahmen des „Weltgebetstages für den Frieden“), 9 Uhr, Kölner Dom; ab 9 Uhr: vor dem Dom Protestaktion gegen den Gottesdienst. Kontakt: Kölner Friedensforum c/o Jan Kim, Steinfelder Gasse 1, 50670 Köln, Tel.: 0221/135647. E-Mail: kim@mpiz-koeln.mpg.de Internet: <http://www.is-koeln.de/friedensforum>

2.-3. Februar, Kassel: Bürgerkommune und aktivierender Staat, Kommunalpolitischer Kongress von Bündnis 90/Die Grünen, Kassel-Wilhelmshöhe, Anthroposophisches Zentrum

3. Februar, Fulda: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften – Sitzung des Arbeitsausschusses, Fulda, DGB-Jugendbildungsstätte

9.-11. Februar, Hamburg: Internationale Tagung aus Internationale Tagung anlässlich des Abschieds von Frigga Haug von der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg (HWP): Strategien neoliberaler Hegemonie – Kritische Erneuerung emanzipatorischer Standpunkte. Mit Workshops zu den Themen: Mikroelektronische Produktionsweise und Arbeitspolitik/ Alltagsforschung / Frauenpolitik/ Bildungspolitik/ Kritische Psychologie / Umbrüche der Lebensweisen in Neoliberalismus/ Marxismus-Feminismus. Ort: Hamburg, HWP, Von-Melle-Park

22.Februar, München: Hauptversammlung der Siemens AG, Olympiahalle, Kritische Aktionäre protestieren gegen Atomenergie und für Zwangsarbeiter-Entschädigung. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischaktionaere.de>

2.-4. März, Bochum: Ratschlag des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Thema: Öffentlichkeitsarbeit/Aussendarstellung. Kontakt: Geschäftsstelle der BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907520, E-Mail: bukohh@t-online.de, Internet: <http://www.epo.de/buko/index.htm>

2. März, Duisburg: Hauptversammlung der ThyssenKrupp AG, Mercatorhalle, Kritische Aktionäre protestieren gegen Rüstungsproduktion und Arbeitsplatzvernichtung. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischaktionaere.de>

16.-18. März, Berlin: Gewerkschaftstag der ÖTV

18.-21. März, Berlin: Gründungskongress ver.di



18. März 2001: Kommunalwahlen in Hessen

24. März, Kassel: Mitgliederversammlung des BdWi, Uni/Ge samthochschule Kassel. Kontakt: Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und Wissenschaftler (BdWi), Postfach 543, Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg, Tel.: 06421/21395, Fax: 06421/24654, E-Mail: bdwi@bdwi.org, Internet: <http://www.bdwi.org>

25. März: Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

7./8. April, Fulda: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Fulda, DGB-Jugendbildungsstätte

11. April, Berlin: Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG [<http://www.DaimlerChrysler.de>], ICC, Kritische Aktionäre protestieren gegen Rüstungsproduktion und Ermordung von Gewerkschaftern, Kontakt Kritische Aktionäre DaimlerChrysler, Paul Russmann: 0711/608396. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: www.kritischaktionaere.de

14. bis 16. April, bundesweit: Ostermarsch – Demonstrationen und andere Aktionen

26. April, Ludwigshafen: Hauptversammlung der BASF AG, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltverseuchung und Arbeitsplatzvernichtung, Kontakt vor Ort: 06457/89041. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischaktionaere.de>

27. April, Köln: Hauptversammlung der Bayer AG, Messe, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltver seuchung, etc., Kontakt: Koordination gegen Bayer Gefahren, Tel.: 0211/333911, e-mail: cgbnetwork@aol.com . Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024, E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischaktionaere.de>

4.-6. Mai, Düsseldorf: Bundesparteitag der FDP

5.-9. Mai, Lübeck: 24.o. Gewerkschaftstag der GEW

24.- 27. Mai, Erlangen: IPPNW-Kongress „Medizin und Ge wissen“. Kongress-Büro: Fichtenstr. 39, 91054 Erlangen, Tel.: 09131/816830, Fax: 09131/816831, e-mail: medigew@aol.com, <http://www.medizinundgewissen.de> (Mo-Do 9.30-12 Uhr).